

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Freitag, 21. November 1924.

Nr. 273.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich 1924.

Kommunistischer Klassenkampf für - Svehla.

Der Allerseelen-Parteitag der kommunistischen Partei hat bekanntlich die „Bolschewisierung“ der Partei beschlossen. Kein Smeral-Kreibichscher Opportunismus soll mehr den Siegeszug des Kommunismus aufhalten. Smeral ist umzingelt, Kreibich aus der Führung hinausgeworfen, statt ihnen sind Galen und Neurath, im kommunistischen Abgeordnetenklub gar der Eba Durian, gekommen, nun wird sie wie geschmitt gehen, die Fahrt ins bolschewistische Paradies. So klingt wenigstens das Versprechen, das der nach dem Parteitage herausgegebene Aufruf — es ist der Zwölftausendste — den schon mächtig verdrossenen kommunistischen Gläubigen gibt. Die Spannung auf die radikalen Taten der bolschewisierten Partei ist eine allgemeine.

Man hat nicht lange zu warten gebraucht, denn die erste Tat der bolschewisierten Partei ist bereits erfolgt. Es ist der Klassenkampf in reiner Form, was da unternommen wurde, und wenn es so weiter geht, ist der Sowjetstaat nicht mehr fern. Im Abgeordnetenhaus haben die deutschen Sozialdemokraten, um den tschechoslowakischen Regierungsabsolutismus aufzudecken, es abgesehen, an den Budgetverhandlungen teilzunehmen und ihnen sind die deutschböhmerischen Parteien gefolgt. In der Mittwochsitzung haben sich auch die oppositionellen Slowaken, die Ungarn und die Karpathorussen nach Abgabe von Erklärungen abgezogen und so sind die Parteien der Koalition ganz allein übrig geblieben, um die Statistikenrolle in der Komödie der Budgetberatung zu spielen. Allein? Das stimmt nicht ganz! Die Bänke der Opposition zeigen eine gähnende Leere, nur einige von ihnen sind bevölkert. Wer ist es, der in dieser für die Bötkautokraten und ihre Kannen so trüben Zeit tapfer, mutig und treu an ihrer Seite aushält und ihnen Trost in der Einsamkeit gewährt? Wie heißen sie, die Braven, die nicht schwanken und nicht weichen von Svehlas, von Kramars und von Stivins Seite? Wer hilft den Schwergewichten, die sich des letzten verhüllenden Feigenblattes beraubt sehen, Parlament und Demokratie zu spielen? Es sind die grimmen Kämpen gegen den Parlamentarismus, die unentwegten Entlarver der Demokratie, die Streiter für die Diktatur, mit einem Wort: die Kommunisten! Wenn alle untreu werden, so bleiben sie doch treu! Sie haben ausgeharrt, haben Svehla nicht im Stich gelassen, und wenn sie auch früher stets riefen, der Parlamentarismus müsse zerfallen werden, da er ja doch nur ein nichtswürdiger Schwindel sei — für den tschechoslowakischen Parlamentarismus zeigen sie plötzlich eine heiße und tätige Liebe und ermöglichen es der Koalition, doch noch mit etwas wie einer Opposition rechnen zu dürfen. Und wie es sich für echte revolutionäre Klassenkämpfer ziemt, haben die Kommunisten ihre Vorliebe für das tschechische Parlament gerade jetzt entdeckt, da dieses Parlament zur leeren Form herabgesunken ist und da die Regierung die Anwesenheit der Opposition zur Staffage am schmerzlichsten vermehrt. Das Zusammentreffen dieser Umstände mit dem tapferen Ausstehen der Kommunisten im Parlamentssaal ist — wir verstehen die Moskauer Revolutionslehre nicht so genau — wahrscheinlich ein Zeichen höchster revolutionärer Entschlossenheit und Tatbereitschaft.

Als die kommunistische Fraktion im Abgeordnetenhaus den Beschluß faßte, an dem Auszug der übrigen Opposition nicht teilzunehmen und lieber bei Svehla zu bleiben, da war es klar, ihre Presse werde die dazu notwendige „revolutionäre“ Begründung schon finden. Wäre es umgekehrt gewesen, das heißt, hätten die Kommunisten die Teilnahme an der Budgetverhandlung abgelehnt und die andere

Sturm gegen Baujoin!

Kärntner im Nationalrat wegen der Wiederwahl des Heeresministers.

Wien, 20. November. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Nationalrates wurde die neue Regierung mit 91 gegen 60 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Als der Berichterstatter des Ausschusses den Vorschlag über die Mitglieder der neuen Regierung erstattete, kam es bei Nennung des Namens Baujoin auf den Bänken der Sozialdemokraten zu erregten Szenen. Die Sozialdemokraten riefen: „Psui!“, „Standal!“, „Schande!“ Genosse Seip rief mit erhobener Stimme: „Das ist eine schwere Belastung für diese Regierung!“ Genosse Bauer: „Das werden die Herren noch bereuen!“ Es dauerte sehr lange, bis sich der Sturm legte. Ueber Befragen des Präsidenten des Nationalrates erklärte der gewählte Bundeskanzler Dr. Kramel namens des neuen Kabinetts, die Wahl anzunehmen. Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen, damit die Minister den Eid in die Hände des Präsidenten Painisch ablegen können.

Kramels Programm.

In den Fußstapfen Seipels. — „Gerechte“ Verteilung der Sanierungslasten.

Wien, 20. November. In der Nachmittags-sitzung des Nationalrates hielt der neugewählte Bundeskanzler Dr. Kramel seine Programmrede, in der er im Namen der Regierung im Wesentlichen erklärte: Die Grundlage, auf welcher die Politik der Bundesregierung fußt, die durchaus im Geiste der bisherigen Regierung weitergeführt werde, bilden die Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922, das Wiederaufbaugesetz und die von der Regierung Seipel mit dem Völkerbunde feierlich getroffenen Uebereinkommen. Auf der doppelten Grundlage der stabilisierten Währung und des Gleichgewichtes im Staatshaushalte müsse die Aufrichtung und die Kräftigung der österreichischen Volkswirtschaft durchgeführt werden. Der gegenwärtigen Regierung obliege es, die letzte Strecke des mühseligen Weges der Sanierung zu überwinden. Die

Genosse Dr. Renner, der in der Nachmittags-sitzung unmittelbar nach dem neuen Reichskanzler zu Worte kam, legte das Hauptgewicht seiner Polemik ebenfalls auf die Wahl Baujoins zum Heeresminister. Er erklärte, die erste Forderung der Sozialdemokraten sei, daß die Wehrmacht wieder republikanisch werden müsse. Als weitere dringliche Forderung verlangte die Sozialdemokratie die endliche Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und die Durchführung der Altersversicherung.

Dann sprach Seipel und es war interessant, wie kühl Seipel nicht nur während seiner Rede, sondern auch im Privatverkehre mit seinen Parteigenossen behandelt wurde. Es zeigt sich, daß der Sturz Seipels durch eine Palastrevolution in der christlichsozialen Partei herbeigeführt worden ist.

Regierung hält es für ihre selbstverständliche Pflicht, die Lasten der Sanierung hinsichtlich ihres Ausmaßes und ihrer Dauer so weit wie möglich zu beschränken und auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit gerecht zu verteilen. Eine weite Beschränkung in den Staatsausgaben durch äußerste Sparsamkeit, bleibe unvermeidlich auch für die Zukunft. Die Regierung hält den Ausbau der Verfassung in den Belangen der politischen Verwaltung für eine notwendige Voraussetzung der Verwaltungsreform, die auch aus staatsfinanziellen Gründen im Rahmen der Sanierungspolitik möglichst rasch durchgeführt werden muß. Die Regierung wird ihr besonderes Augenmerk der Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft zuwenden und insbesondere auch weiterhin den Ausbau des Netzes von Handelsverträgen ihr besonderes Augenmerk widmen. Den von der früheren Regierung eingebrachten Staatsvoranschlag für das Jahr 1925 hat die gegenwärtige Regierung akzeptiert.

Opposition hätte an ihr teilgenommen, so wäre das Vorgehen der Kommunisten natürlich gleichfalls der einzig wahre Klassenkampf, die erhabenste revolutionäre Methode geblieben. Man merke sich endlich einmal: was die Moskauer Jünger tun, immer ist es wohlgetan, unfehlbar und revolutionär, während die anderen, die Nichtkommunisten, stets nur einen „Scheinkampf“ führen. Die Ablehnung an der Verhandlung durch die Kommunisten hätte den Anbruch der Revolution gekündet, ebenso wie dies jetzt ihr Hilfsdienst für den verlassenen Svehla tut. Als der Vorschlag noch im Budgetausschusse verhandelt wurde, da war es revolutionäre Taktik, sich den deutschen Sozialdemokraten anzuschließen und da erklärten auch die Kommunisten noch, es sei unmöglich, noch länger zuzusehen, wie sich die Diktatur der Bötska als Demokratie maskiere. Noch in der Vorwoche war es die revolutionäre Ueberzeugung der nunmehr bolschewisierten K. P. O., die Koalition müsse unter sich bleiben, wodurch der Schwindel dieser Demokratie am besten enthüllt werde. Seither ist das Budget aus dem Ausschusse in den Hauptsaal des Abgeordnetenhauses gelangt, doch nun liegt die Sache anders. Nichts geschieht seitdem als ein Saalwechsel, dennoch ist, durch die kommunistischen Brillen gesehen, heute grün, was gestern rot war, heute Sozialverrat und Scheinkampf, was gestern noch als revolutionärer Kampf ausgegeben wurde. Jahraus, jahrein schreien die Kommunisten in Verferkerwut, die Demokratie müsse „entlarvt“ werden, doch hier, wo es gilt, die Diktatur und den Absolutismus zu entlarven, ist das Geschrei verstummt, dafür schreien sie unso stärker über

die Entlarver! Dem Parlamentarismus haben sie in allen Tönen den schonungslosesten Krieg erklärt, doch da der tschechoslowakische Parlamentarismus in seiner Nacktheit aufgezeigt wird, breiten sie schützend ihr schleichtiges Mäntelchen über ihn und leisten Svehla Schützenhilfe, indem sie auf seine Bedränger ihre überliefenden Wurfgeschosse richten.

Wer es also noch nicht weiß, der kann es aus „Vorwärts“ und „Internationale“ erfahren, daß die ganze Aktion der Opposition nur eine — parlamentarische Demonstration ist. Es hat zwar niemand behauptet, daß sie mehr ist, aber das hindert die kommunistische Presse nicht, diese erschütternde Feststellung im Lohne der schwersten Anklage zu machen, wobei die Revolutionschwinder verschweigen, daß sie im Budgetausschusse dieselbe „parlamentarische Demonstration“ machten, ehe die revolutionäre Wetterfahne sich drehte und sie erkannten, es sei doch besser, den kommunistischen Klassenkampf für Svehla zu führen. Seit Jahren prophezeit die kommunistische Nauchpresse, die deutsche Sozialdemokratie werde schon demnächst in die Regierung einziehen, und es ist nur die Lumperei, die von der anderen geboren wird, wenn sie jetzt behauptet, die Aktion unserer Partei wäre nur die „Haupt- und Staatsaktion der Abgewiesenen“ zur Erlangung von Ministerstellen. Zu einem für die Machthaber und den Kapitalismus gefährlichen Kampf sei „nur die kommunistische Partei wirklich entschlossen“. Herr Svehla hat alle Ursache, diesen revolutionären Klassenkämpfern wohlwollend auf die Schultern zu klopfen. Solange ihm diese in der Rot beispringen, wie diesmal, sind er und die Koalition doch nicht ganz verwaist.

Wirtschaftliche Annäherung.

Europäische Handelsvertragsverhandlungen.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen geht von der Hauswirtschaft über die Stadtwirtschaft und Staatswirtschaft zur Weltwirtschaft. Arbeitsteilung und Steigerung der menschlichen Bedürfnisse bewirken, daß gewisse Gebrauchsgüter nur in bestimmten Teilen der Erde erzeugt und von da in alle anderen Länder gebracht werden müssen. So wird die Verflochtenheit zwischen der Wirtschaft der einzelnen Staaten und Länder eine immer enger, ein Land ist auf das andere wirtschaftlich angewiesen.

Dieses dächmaschige Netz internationaler wirtschaftlicher Beziehungen hat der Krieg mit rauher Hand zerrissen. Wirtschaftskrise und Ernährungsnot, Hunger, Not und Elend waren die Folgen. Wollte die europäische Menschheit nicht zugrunde gehen, mußte sie bestrebt sein, die durch den Krieg zerrissenen internationalen wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufzubauen.

Der Neuregelung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach dem Kriege standen mannigfache Schwierigkeiten entgegen. Der Friede war nicht zwischen gleichberechtigten Staaten geschlossen worden, es gab politisch und deshalb auch wirtschaftlich Sieger und Besiegte. Der Versailler Vertrag regelte einseitig das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und den Siegerstaaten und bestimmte, daß Deutschland den Siegern fünf Jahre lang Weistbegünstigung gewähren muß, während die Sieger nicht verpflichtet waren, Deutschland denselben Vorteil zu gewähren. Oben hat der Friede von St. Germain die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der Nachfolgestaaten eingeengt. Dazu kam noch die Schwierigkeit, Handelsverträge nach der Art der vor dem Kriege bestehenden abzuschließen. Die Zerrüttung der Geldverhältnisse brachte ein Moment der Unsicherheit in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Staaten, so daß an langfristige Verträge nicht zu denken war. Die Staaten, die sich im Kriege wirtschaftlich voneinander abgesperrt hatten, sahen in dieser Absonderung ihr Heil, überall traten Hochschutzzollbestrebungen auf, die gleichfalls den Abschluß von Handelsverträgen erschweren. Und dazu kam noch, daß das alte Verbotssystem des achtzehnten Jahrhunderts nach dem Kriege seine Auferstehung feierte. Nicht genug davon, daß die Waren der anderen Länder bei der Ausfuhr in das Zollanland hohen Zöllen unterworfen waren, war fast überall das Bewilligungssystem eingeführt worden, wonach es zur Ein- und Ausfuhr noch besonderer Bewilligungen staatlicher Behörden bedurfte. Möchte auch der Importeur den hohen Zoll entrichten, er durfte die Ware nicht einführen, wenn er nicht die Bewilligung dazu hatte. Dieses Bewilligungssystem bildete insbesondere in der Tschechoslowakei — wir haben das beim Abschluß des englischen Handelsvertrages gesehen, der unsere wirtschaftlichen Interessen arg geschädigt hat — ein kaum übersteigbares Hindernis zur Wiederherstellung der alten wirtschaftlichen Beziehungen der europäischen Länder, wie sie vor dem Kriege bestanden. Bis vor kurzer Zeit wurde deshalb eine Art Surrogat von Handelsverträgen abgeschlossen, welche sich auf die Weistbegünstigungsklausel und höchstens noch Festsetzung von Einfuhrkontingenten beschränkten.

In den letzten Monaten ist hierin eine erfreuliche Veränderung eingetreten. Die Annahme des Dawesguthens hat die Bahn freigemacht für die Stabilisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem übrigen Europa. Der Ablauf der oben erwähnten wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages im Jänner 1925 hat in Frankreich und England den Wunsch nach dem Abschluß von Handelsverträgen zwischen Deutschland und den alliierten Staaten wachgerufen. Seit einigen Wochen finden nun tatsächlich Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich einerseits, Deutschland und England andererseits statt, welche für die Handelspolitik der nächsten Jahre von entscheidender Bedeutung sind. Wenn in dem Vertragsverhältnis zwischen den größten und wirtschaftlich bedeutendsten europäischen Staaten ein Fortschritt erzielt wird, wird dies für alle anderen Staaten, auch für die Tschechoslowakei von großer Bedeutung sein.

Die Tschechoslowakei hat bereits zwei Handelsverträge abgeschlossen, die ähnlich den Vorkriegsverträgen Tarifverträge sind, in denen nämlich den anderen Ländern bei einer Reihe von

Tarifposten Zollleichterungen gewährt werden, wofür diese Länder weder der tschechischen Ausfuhr bei anderen Tarifposten Zollermäßigungen bewilligen. Der erste dieser Tarifverträge war der mit Frankreich abgeschlossene, ein zweiter wurde mit Italien vereinbart und ein dritter soeben mit Oesterreich. Durch den österreichischen Handelsvertrag gewähren einander die beiden verhandelnden Staaten gegenseitig Zollnachlässe für eine ein Drittel aller Positionen des Zolltarifs. Auch das Bewilligungsverfahren soll gegenseitig abgebaut werden.

Auf diesem Wege muß im Interesse der Industrie und der Beschäftigung der Arbeiter fortgefahren werden. Die Tschechoslowakei muß insbesondere betreten sein, ihr wirtschaftliches Verhältnis zu den Nachfolgestaaten zu regeln. Es ist also der Abschluß von Tarifverträgen mit Polen, Ungarn und Jugoslawien notwendig. Insbesondere mit Polen und Jugoslawien ergeben sich in der letzten Zeit Schwierigkeiten. Aber es ist ein unerträgliches Verhältnis, daß beispielsweise die österreichische Textilindustrie bei der Ausfuhr nach Polen um 30 Prozent niedrigere Zollsätze entrichten muß als die ungarische. Soll das Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei

und Polen wirklich ein inniges werden, so darf es sich nicht darauf beschränken, bei feierlichen Anlässen die slawische Blutsverwandtschaft zu betonen, sondern Polen muß uns wenigstens dieselben Begünstigungen gewähren, die es anderen Staaten bewilligt. Auch der Abschluß des Tarifvertrages mit Ungarn ist eine Lebensnotwendigkeit für unsere Industrie und wird auch unserer Ernährung zugute kommen.

Alle europäischen Staaten aber müssen das Bewilligungssystem beseitigen und die Hochschutzzollbestrebungen niederzwingen. In Deutschland macht sich ein immer wachsender Widerstand, auch der nationalökonomischen Unverständlichkeit, gegen hohe Agrar- und Industriezölle geltend. Die deutschen Wahlen, welche eine Niederlage der Rechte bringen werden, werden damit auch zu einer Niederlage der Hochschutzzölle. In England denkt auch die siegreiche konservative Partei nicht daran, ihr Hochschutzzollprogramm von 1923 wieder auszugraben, auch in Frankreich ist die Macht der Schutzösterreichischen Schwerindustrie infolge der letzten Wahlen geringer geworden. So besteht die Aussicht, daß Europa in wenigen Jahren wieder von einem Netz von Handelsverträgen überzogen sein wird.

hinzieht in den Morast des Bankrotts und des Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft.

Die „Arbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu: „Die Reichskonferenz“ sagte am letzten Gedursstag der kommunistischen Partei Oesterreichs. Jeder unbefangene Beobachter wird aber erkennen müssen, daß die bisherige Entwicklung dieser Partei die Erwartungen rechtfertigt, die die Kommunisten von sich hegten. Sie waren anfangs ein Sumpf und sind nun zu einer recht überlebenden Pflanze geworden.“

Die „Arbeiterpartei“. Der „Pressediener“ schreibt zum Wahlvorschlag der reichsdeutschen Nationalsozialisten: Es gibt wie hinreichend bekannt, in deutschen Landen nur eine wahre und wirkliche Arbeiterpartei — das ist die Nationalsozialistische Freiheitspartei. Nur die Völkchen nehmen die „Wange“ der Arbeiter wahr, und nur bei ihnen wird der wahre Wert des Arbeiters richtig eingeschätzt. Der beste Beweis dafür ist der Reichstagswahlvorschlag der Völkchen. Auf dieser völkischen Reichstagsliste sind in Aussicht genommen, im kommenden Reichstag die Arbeiterinteressen zu vertreten: 1. ein General der Infanterie a. D. (Eubendorff); 2. ein Gutbesitzer (von Graefe); 3. ein Apothekenbesitzer; 4. ein Schriftsteller (Graf Reventlow); 5. ein Ingenieur; 6. ein Major a. D.; 7. ein Landeserziehungsrat a. D.; 8. ein Generalsekretär; 9. ein Hauptmann a. D. und 10. ein Oberingenieur. Nicht besser sieht die preussische Landesliste aus. Hier sind die „Arbeitervertreter“: 1. ein Schriftsteller

(Wulle); 2. ein Baubeamter; 3. ein Kaufmann; 4. ein Angestellter; 5. ein Dogent; 6. ein Justizobersekretär; 7. ein Oberregierungsrat; 8. ein Pastor; 9. ein Industrieller und 10. ein Angestellter. Die preussische Landesliste umfaßt zwar noch 15 weitere völkische Beuchten, aber nicht einer unter ihnen ist Arbeiter.

Die Mitschuld Poincarés am Kriege. Die Pariser Blätter besaßen sich mit den Aufzeichnungen des bereits verstorbenen ehemaligen französischen Botschafters in Rußland Georges Louis. Die Aufzeichnungen waren in der „Revue d'Europe“ veröffentlicht. Darin wird Poincaré beschuldigt, er hätte den Weltkrieg verhindern können, wenn er nicht bewußt das Instrument Frowalks gegeben wäre. Botschafter Louis bezeichnet in Form eines Gesprächs mit den einseitigen hervorragenden Staatsmännern z. B., daß es sich im Jahre 1913 in Petersburg um die Abberufung Frowalks handelte, daß aber von französischer Seite auf den Japan eingewirkt wurde, den Botschafter nicht abzurufen. Die Aufzeichnungen Louis kritisieren ferner den letzten französischen Botschafter in Rußland Paléologue, welcher als ein unfähiger Mensch geschildert wird. Zu diesen Aufzeichnungen Louis bemerkt einige Wäcker, daß sich Botschafter Louis mit seinem Schicksal, als er im Jahre 1913 aus Petersburg abberufen wurde, nicht abfinden konnte. Poincaré erklärte dem Vertreter des „Matin“, er wisse schon lange von den Aufzeichnungen Louis, dessen Veröffentlichungen würden aber durch die heute zur Veröffentlichung gelangenden Briefe Pichons und Campoux widerlegt werden.

Fascio und Botta.

Zu ungefähr derselben Zeit sind die italienische Kammer und die tschechoslowakische Nationalversammlung in die wichtigen Beratungen ihrer Herbstsession eingetreten. Nach langer Pause hat Mussolini die „Volksvertretung“ zusammengerufen, um zum ersten Male nach den aufregenden Geschehnissen des Sommers auf dem parlamentarischen Forum das faschistische System zu verteidigen und fester zu begründen. So schlägt seinem Parlament das Budget vor, das gerade teuer, wo einige wichtige Änderungen vorgenommen wurden, besonderes Interesse und — sollte man meinen — eine besonders sorgfältige Behandlung verdient. In der Art, wie sich die Kammeression in Rom und Prag weiter gestaltet, erkennt man eine ganze Reihe Ähnlichkeiten, die man zwischen diesen beiden Alliierten bisher gar nicht vermutet hat. In der italienischen Kammer ist der oppositionelle Block, bestehend aus den Popolari (Katholiken), den Sozialisten, den Maximalisten (Rechtssozialisten) und den Kommunisten, den Beratungen ferngeblieben, da er die Legalität der faschistischen Verfassung und die Methoden, mit denen Mussolini regiert, nicht anerkennt. Aus dem tschechischen Parlament mußte die Opposition ausscheiden, weil ihr nur dieses letzte Mittel übrig blieb, um vor aller Welt zu demonstrieren, daß in diesem Staate ein Kollegium von fünf Parteigrößen selbstherrlich regiert, und das Parlament zu einer Abstimmungsmaschine degradiert. Die Komödie einer tagelangen Abstimmung über das Budget, an dem doch nicht ein Strich geändert werden darf, weil die Botta es so beschlossen hat, mußte einmal gebandmarkt werden. Die Behandlung erster, die Existenz des Staates wenigstens in seinen wirtschaftlichen Funktionen beruhigender Fragen durch die Botta der Regierung Soehla mahnt sehr an die Verhältnisse in Mussolinien und reizt geradezu zu einem Vergleich. Der Faschismus stellt ein System dar, das bei scheinbarer Joridauer demokratischer Verfassungsformen die Regierungsgewalt einer einzigen Partei ausgeliefert ist. Alle Fragen, die sonst auf dem Boden des Parlaments, sei es im Plenum, sei es in den Ausschüssen, diskutiert werden, erledigt man im Schoße der Partei. Der Opposition bleibt nur das Recht, durch eine demonstrative Geste ihre Mißbilligung zu zeigen, jede sachliche Kritik erübrigt sich, da eine Mitarbeit nicht möglich ist und über der Entscheidung der Gesehe und Verordnungen der Schleier des Parteigeheimnisses liegt. Jrgendein gewaltsamer Widerstand kann mit den härtesten Mitteln unterdrückt werden, denn die Mehrheit weiß jeden Kampf gegen die Partei zu einem Staatsverbrechen zu stampeln. In der Tschechoslowakei regiert eine Koalition von fünf Parteien, die eigentlich auch eine Partei bilden. Vielleicht gibt es innerhalb der Koalition hier und da noch Differenzen zwischen Sozialisten und Nationaldemo-

kraten. Der Öffentlichkeit gegenüber ist die Koalition immer einig und was Kramak sagt, das deckt auch Reimec mit seinem Namen. Die Gesehe werden nicht im Parlament, sie werden, wie in Italien, innerhalb der Regierungspartei von der Botta gemacht. Die Opposition muß kuscheln, oder sie darf die Komödie der Mitarbeit spielen. Auf keinen Fall ändert sie etwas an dem Willen der Botta und auf jeden Fall darf sie noch des Hohnes allerhöchster Regierungsstellen gewiß sein. Wie in Italien, bedeutet bei uns jeder Angriff auf die Botta und ihre Strohmannen auf den Seiten der Regierungsparteien einen Angriff auf den Staat und wird mit schwersten Strafen gerügt. Wer zweifelt noch, daß bei uns ein trockener Faschismus im Vormarsch ist, daß man ohne viel Aufsehens das Regierungssystem Mussolinis auch bei uns einzuführen gedenkt. Ein Unterschied besteht allerdings noch zwischen Italien und der Tschechoslowakei. In der Kammer Mussolinis haben sich einige beherzte Männer der ehemals liberalen Partei gefunden, die gegen die Komödie der faschistischen Demokratie Protest einlegten und die Reihen Mussolinis verließen. Giolitti, Bonomi und einige andere italienische Parlamentarier, die einen guten Namen haben, haben sich der Opposition angeschlossen. In dieser erfreulichen Erscheinung fehlt bei uns die Parallele. Von Masas bis Myslivec, von Kramak bis Stivin steht die ganze Koalition hinter der Botta und ihrem System, das in seinen Methoden und in seinen Erfolgen dem Faschismus auf ein Haar gleicht.

Handwurtpolitik der Wiener Kommunisten. Die österreichischen Kommunisten haben bei den vorjährigen Wahlen in Wien etwas über 13.000 Stimmen erhalten, das heißt also, daß sie die Monarchisten, die zweite „Massepartei“ Oesterreichs, um das zehnfache übertrafen, ihrerseits aber nur ein Prozent der sozialdemokratischen Stimmen (1.300.000) erhielten. Seither hat diese Partei sich in drei Fraktionen gespalten, die von der Reichskonferenz der A.P.D. als Frey-Fraktion, Loman-Fraktion und als der kommunistische Kern bezeichnet wurden. Die dreieinige Partei hat auf ihrer Reichskonferenz beschlossen, die Sozialdemokratie nicht mehr als Arbeiterpartei anzusehen und eine sozialdemokratische Regierung nicht als Arbeiterregierung anzuerkennen. Sie sei vielmehr die „dritte Partei der Bourgeoisie“. Der Aufruf der Reichskonferenz, der die Krise (oder vielleicht schon die Partei) „liquidiert“, schließt mit dem famosen Satz:

Heraus aus dem Sumpfe, in dem die Fieber der Parteikonflikte und der Selbstzerfleischung gedeihen, hinaus auf die Höhen des klaren und bewußten, des fähnen und befreienden revolutionären Klassenkampfes. Hinweg mit der unheilvollen Schwanzpolitik, die uns

Inland.

Die Bombe Stivins.

Nun meldet sich der Urheber der vom „Pravo Lidu“ gegen unsere Partei unternommenen Hege persönlich. Es ist der Abgeordnete Josef Stivin, Chefredakteur des „Pravo Lidu“, der im gestrigen Abendblatt seinem Treiben dadurch die Krone aufsetzt, daß er der Öffentlichkeit eine große „Enthüllung“ serviert, die er gemacht haben will. Im ersten Teil seines Artikels bemüht er sich nachzuweisen, daß die nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakischen Republik unter dem Schutze der internationalen Verträge stehen und keinerlei Ursache zu Klagen haben, denn den Tschechen sei es im gewesenen Oesterreich noch viel schlechter gegangen. Gegen solche Auslassungen, die dem Geistesbereiche der „Narodni Politika“ entlehnt sind, lohnt es sich nicht zu polemisieren, es genügt die Feststellung, daß es ein tschechischer Sozialdemokrat ist, der anstatt sich an die internationalen Beschlüsse, an die internationalen sozialistischen Grundzüge zu halten, sich beim Ausmaße des Rechtes an die Minderheitsnationen auf — das absolutistisch-monarchistische Oesterreich (!) als Vorbild beruft! Eine Eniggegnung erheischt nur der letzte Teil der Stivinschen Ausführungen, der die erwähnte „Bombe“ enthält und in dem es heißt:

„Die deutschen Sozialdemokraten haben keine unmittelbare Ursache zu ihren verächtlichsten Vorgehen. Die Aktion für die Nichtteilnahme der deutschen Parteien an der Verhandlung des Staatsvoranschlages ging nach meinen Informationen von Karl Prazel (der gewesene Senatspräsident! Nam der Red.) aus, der hinter den Kulissen intrigiert, um den Ministerpräsidenten Soehla alle nur möglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Diesmal hat er die deutschen „Arbeiter vorgestekt, von denen — Kritik dazu ausging, was Dr. Cech so feierlich im Namen der deutschen Sozialdemokratie im Abgeordnetenhaus verkündete.“

Daß Abgeordneter Stivin, der schon unter Zeliger versuchte, die deutschen Arbeiter gegen

Seliger auszuspielen, was ihm schon damals eine scharfe Abfuhr eintrug, es zum Schlusse seines Artikels auch diesmal wieder unternimmt, die deutsche Arbeiterchaft, die sich angeblich ihm bei seinen Reisen anvertraut (!), gegen die jetzige Führung auszuspielen und einzelne unserer Genossen persönlich anzufallen, ist bei der Kampfesweise dieses verderblichsten Geistes in der tschechischen Sozialdemokratie nichts Neues mehr. Was seine „Enthüllung“ betrifft, so wird über die Quelle, aus der Stivin diesen Irrsinn schöpfte — denn seine Behauptung ist natürlich nichts als eine infame Lüge — wohl noch gesprochen werden. Zur Feststellung der Wahrheit sei gesagt, daß die Frage der Nichtteilnahme an den Budgetberatungen von unseren deutschen Genossen im Parlamente vorher mit keiner einzigen Partei oder deren Vertretern auch nur besprochen wurde! Im Budgetauschusse gab Genosse Taub die bekannte Erklärung ab, in der die Abfertigung unserer Partei von den Budgetberatungen verhandelt wurde, ohne daß bis dahin jemand von uns mit den Vertretern der deutschen Agrarier gesprochen hätte und die Abgeordneten der deutschbürgerlichen Parteien erfuhren die Absicht unserer Partei erst in der offenen Sitzung des Budgetauschusses aus der Rede des Genossen Taub. Bis dahin hatten weder die deutschen Agrarier noch die anderen Parteien von unseren Beschlüssen eine Ahnung. Sie haben sich erst darnach unserem Vorgehen angeschlossen. Der Abgeordnete Stivin hat wohl davon gehört, daß die deutschen Agrarier die Gründung eines festen oppositionellen Blocks anstreben. Ob hinter diesem Plan Herr Prazel steckt oder nicht, wissen wir nicht, doch ist in unserer Partei dieser Plan noch nicht einmal zur Erörterung geblieben, geschweige denn daß darüber Beschluß gefaßt worden wäre. Die Behauptungen Stivins sind also, wir wiederholen es und können es nicht anders kennzeichnen, eine erbärmliche Lüge, die darauf berechnet ist, seinen Hegegenossen gegen die deutsche Sozialdemokratie einen Schein stützlicher Berechtigung zu geben. Stivins Geschöf sollte eine Bombe sein, doch es ist nur eine Stinkbombe. Es wäre wohl zu erwarten, daß die tschechische Partei dieser Tätigkeit ihres Chefredakteurs einige Aufmerksamkeit widmet.

Die Militärbestien von Biribi.

Zu Albert Londres' Buch: „Dante hat nichts gesehen“.

Von A. B. Bortemer.

Wer als Franzose das Glück hat, zum Militärdienst für tauglich befunden und eingezogen zu werden, und dabei vor seiner Einziehung einmal mit den Gerichten zu tun hatte, das heißt irgend eine oder mehrere Vorstrafen aufweist, der wird von Bataillons d'Afrique zugewiesen. Diese Bataillons d'Afrique sind keine Strafregimenter. Sie bilden eine reguläre Truppe, bei der aber die Disziplin eine äußerst scharfe ist. Wer bei den Chiffours ist oder wie sie sich nennen, den „Fouhou“, scheie sich vor! Die geringste Unregelmäßigkeit und er wandert nach der Disziplinompage, der S. S., der Section Speciale, bei der die Disziplin noch strenger gehandhabt wird als im Bataillon, und von wo aus ihm der Weg nach Biribi, wenn nur sein Gesicht oder seine Haltung einem Sergent nicht gefallen, bald offen steht. Der kleinste Fehltritt: Kriegsgericht und einige Jahre Zwangsarbeit! So kommt es, daß, wie wir bereits feststellten, die Bataillons d'Afrique die Bat' d'As, wie sie im Soldatenmund heißen, den allergrößten Kontingent der Sträflinge der „Bataillons“, wie sie genannt werden, liefern.

Stöße von Literatur gibt es, die das dunkle Thema: Fremdenlegion behandeln. All diesen

Propaganden und Büchern entstehen Wüßhreie gewaltiger Menschen, allen eine Anklage gegen moderne Barbarei. Alle wurden sie bis heute als tendenziös bezeichnet, oft deutscher Propagandasfeder entspringend, um Unbekannte abzuhalten fremder Nation Kolonialdienste zu leisten. Keine dieser „Tendenzschriften“ aber, die uns bis heute vor Augen kamen, enthält, offen oder versteckt, ein derartiges Summe unheimlicher Scheußlichkeiten, keine eine so schreckliche Anklage, wie sie Albert Londres — der bürgerliche Journalist! — in seinem „Dante n'abait rien vu“ vorbringt.

Die erste Begegnung mit militärischen Sträflingen, die Londres auf seiner Suche nach „Biribi“ hat. Lassen wir ihn selbst das Wort: „An diesem Abend als Agron bereits in Sicht sein sollte und grimmige Winterföhle die Knochen erklammern, hörten vier Männer die bei sinkender Nacht ihres Weges zogen, den Wagen ein, der sie kurz vorher überholte und nun eine Panne hatte. Es war ein Gendarm, zwei Sträflinge mit Handschnüren am Kappi (Gefängnisstrafe) und ein weiterer ohne Handschnüre (Zwangsarbeit). Man darf nicht glauben, daß ich nicht schon etwas gelernt habe! Der ohne Handschnüre trug seine

rechte Hand in einer Binde. Sie mochten einen weiten Weg in kleinen Schritten; als Unterkunft hatten sie für diese Nacht Agron gewählt.

Die drei Begriots (Sträflinge) und der Gendarm befanden sich seit zwei Tagen unterwegs. Sie kamen vom Detachement von Tafro-Niby. Zwei hatten ihre Strafe abgehört und kehrten zur Beendigung ihres Militärdienstes der eine nach dem 3. Bataillon d'Afrique in Dougan, der andere nach dem 2. in Datal-el-Hadi zurück. Der dritte, der Zwangsarbeiter, wurde wieder der Zentralabteilung der Strafanstalt von Dar-Bel-Damrit zugeführt, um vor das Kriegsgericht gebracht zu werden.

— Sie stürzen sich selbst ins Unglück, sagte der Gendarm.

— Was hat er verbrochen?
— Selbstverstümmelung. Zwei Finger hat er sich abgeschneitten, dieser Esel!

— Mit einem Messer, erklärte der Esel.

— Sie sind gut vorgegangen.

— Gewiß! Ich zog vor, zwei Finger statt meiner Haut zu lassen.

— Ihr seid alle verrückt, bemerkte der Gendarm.

— Da mir ein Sergent nachging!

— Als ob Sie ihm nicht zuerst nachgegangen wären . . .
— Querst! Wie jener, der uns bei unserer Ankunft Trüfte auf den Bauch verlegte, wogu er sagte: „Das ist nur, um euch willkommen zu heißen.“

— Sie können das alles vor dem Kriegsgericht vorbringen, unterbrach der Gendarm.

— Der Hund des Sergent P. sollte vor dem Kriegsgericht sprechen. Er beißt uns während der Arbeit in die Waden. Man verjagt ihn. Und schon erhält man vom Sergent den Revolver unter die Nase gehalten. „Laßt ihn seines Amtes walten!“

— Und die Erbas?, warf einer der Entlasteten ein.

Die Erbas sind die dünnen Zweige des Judendornis. (Zufuhr.) Diese Zweige sind in den andergeschlungen und dornig. Sie werden als Jaun verwendet, um die Gefangenenlager einzufassen.

— Ja, man hat mich völlig nackt darauf gelegt, wie in einer Dornenkrone, sagt der Selbstverstümmelter.

Und weiter sagt der Mann:

— Dennoch haben wir jetzt einen guten Capitaine. Aber der Capitaine wird belogen. Wir selbst belügen ihn, wenn er alle drei Monate, uns seinen Besuch abstattet. Er bleibt nur eine oder zwei Stunden. Wenn er wieder abgereist ist, würde einen der Teufel fraktionieren; wir würden unsere Mutter nicht mehr sehen, wie uns die Sergents sagen!

„Los, marsch,“ befahl der Gendarm.

(Fortsetzung folgt.)

Nur keine (schleien) Vergleiche!

Unter den Vätern, die auf unseren Auszug aus dem Scheinparlament hin für die Regierung und die Wirtschaft in die Bresche sprangen, ist wohl verständlich auch die „Prager Presse“. Als Solbblatt der Regierung hat sie ja gehoramt alles zu verweigern, was die Regenten dieses Staates zu tun oder zu lassen belieben. In der Erwägung, daß sie ohnehin nicht gelesen wird, glaubt sie sich eine besonders große Argumentation leisten zu können. Zunächst drückt sie ihr Bedauern darüber aus, daß gerade wir, die wir die starke Hoffnung des Antisemitismus bildeten, jetzt umgefallen seien. Vor wenigen Tagen noch hat die „Prager Presse“ erklärt, wir seien eine erleuchtete Partei, die lediglich von der Konkurrenz gegen die Deutschnationalen lebe. Demals hat man auch festgestellt, daß wir von nun an nicht mehr als anständige Leute anzusehen seien; ein Tadel, der aus dieser Quelle nur als Lob gerechnet werden kann. Jetzt erfahren wir, daß die „Prager Presse“ uns über ihre erste Feststellung hinaus noch eine Woche lang für anständige Menschen gehalten hat. Jetzt haben wir aber ganz aus. Um sich den Anschein einer sachlichen Polemik zu geben, führt der Leitartikel der „Prager Presse“ englische Verhältnisse als Parallele an und rät dem Genossen Dr. Czech, sich bei Macdonald zu erkundigen, wie er mit der Opposition umgegangen sei. Nur ein Ignorant oder ein bewußter Fälscher kann sich auf einen solchen Vergleich einlassen. Im englischen Parlament hat die Opposition gewisse traditionelle Rechte, die beinahe als legitim bezeichnet werden können. Man kann sich das englische Parlament ohne die Opposition gar nicht denken und eine Budgetberatung, wie man sie hier erlebt, ist für das englische Unterhaus einfach unvorstellbar. Die Ergebnisse der englischen Politik sind immer bis zu einem gewissen Grade Kompromisse zwischen der Mehrheit und der Opposition. Daß bei der Abstimmung die Mehrheit siegt, brauchen wir uns von der „Prager Presse“ nicht erzählen zu lassen. Was aber vor der Abstimmung geschieht, das sieht in England doch beträchtlich anders aus als bei uns. Die „Meinen Konventionen“, die das englische Parlament kennt, sind parlamentarische Ausschüsse, an denen die Oppositionsvertreter teilhaben. Bei uns wird aber das Gesetz von der Rehta und den Unterparlament gemacht, es kommt als fertiges Diktat in den Ausschuss. Auch sonst lassen sich der Unterredung genug aufzeigen. Es lohnt sich wahrlich nicht, alle jene Parlamente zu nennen, in denen es anders zugeht als im tschechischen. Es sind die geschicktesten Körperlichkeiten aller Staaten, in denen die Verfassung nicht nur der Form, sondern auch dem Geiste nach demokratisch ist. Viel einfacher ist es, einmal festzustellen, welche Staaten außer der Tschechoslowakei noch diese seltene Form der Verfassung mit ihren Folgen kennen. Soweit man Umschau hält, findet man die Parallele nur in den Parlamenten Russlands und Griechenlands. Selbst die Parlamente der Vorkommunikanten konnten nicht die heute übliche Verankerung einer starken Opposition. Unter dem Reichthum des Tschechoslowakens wird kein Staat in den letzten Jahrzehnten auf die so wie die untrüben dem Geiste der Demokratie hin gesehen. Die „Prager Presse“ benötigt sich nur auf Eis, wenn sie Vergleiche mit demokratischen Staaten heraufbeschwört.

Was macht man mit der Kriessanleihe?

Durch das Gesetz vom 30. September 1924 ist die Frage der Kriessanleihe einer endgültigen Lösung zugeführt worden. Wir wollen nun auf Grund dieses Gesetzes den Kriessanleihebesitzern eine Uebersicht geben, was sie zu tun haben.

A. Die erste Gruppe der Kriessanleihebesitzer hat Anspruch auf Umtausch von je Nominal 100 Kronen Kriessanleihe in Nominal 75 Kronen dreiprozentige Entschädigungs-Schuldverschreibungen, falls die nachstehenden Voraussetzungen nachzuweisen werden:

1. Tschechoslowakische Staatszugehörigkeit (bei juristischen Personen Sitz in der Tschechoslowakischen Republik), durch Vorlage eines Heimatscheines. Bei einem älteren Heimatschein ist der Vermerk erforderlich, daß das Heimatsrecht noch heute Gültigkeit hat. Juristische Personen legen ihre Statuten oder den Auszug aus dem Handelsregister oder sonst eine behördliche Bescheinigung vor.
2. Wohnsitz im Inlande, durch Vorlage einer Bestätigung der Gemeinde.
3. Reinevermögen nicht mehr als 25.000 Kronen, durch Vorlage einer Bescheinigung der Steuerbehörde. Personen, die nicht vermögensabgabepflichtig sind, haben eine eidesstattliche Erklärung vorzulegen, daß ihr Vermögen 25.000 Kronen nicht übersteigt.
4. Der Gesamtbetrag an der Kriessanleihe darf Nominal 125.000 Kronen nicht übersteigen, der Nachweis ist durch Vorlage einer eidesstattlichen Erklärung zu erbringen.
5. Konfiskation der Kriessanleihe durch Vorlage des Konfiskationsverzeichnisses.
6. Ununterbrochenes Eigentumsrecht seit dem 28. Oktober 1918.
7. Bombardschuldner. Ein solcher Schuldner hat außer den unter 1 bis 6 angeführten Voraussetzungen noch nachzuweisen:
7. durch eine Bestätigung der Steuerbehörde, daß sein für das Jahr 1923 besteuertes Einkommen nicht mehr als 15.000 Kronen betragen hat;
8. durch eine Bestätigung der den Umtausch durchführenden Behörde darüber, daß er nicht

Die Budgetdebatte der Koalition.

Prag, 20. November. Der heutige dritte Tag der Koalitionsausrede über das Budget brachte das Ende der sogenannten Generaldebatte und man ging gleich in die Spezialdebatte ein. Brachte schon die Generaldebatte nach dem Auszug der Opposition nichts besonders Bemerkenswertes, so ist wohl von der Spezialdebatte nicht viel mehr zu erwarten. Die Koalition muß eben die geschäftsordnungsmäßige Zeit abreden, weil die Opposition, der man früher das Reden — aber auch nur das — überließ, aus der Verlegenheit nicht mehr heraushält.

Der tschechische Nationalsozialist Mondry trat unter anderem auch für die Anerkennung Sowjetrußlands de jure ein, wobei wohl, mit Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit des Redners, auf einen höheren Wink zu schließen ist.

Der Kommunist Burian wies darauf hin, daß das heutige Regierungsprogramm die Slowakei und Karpathenrußland verloren hat und daß diese Länder nur auf Grund des nationalen Programms der Kommunisten zurückgewonnen werden könnten. Eine zarte Fürsorge!

Der tschechische Agrarier Redbecky meinte, daß in der tschechoslowakischen Republik keine Ursache für die Herstellung der nationalen Autonomie (I) in der Form, wie sie sich Dr. Czech vorstellt, gegeben sei.

Der tschechischliberale Mazanec, der bekanntlich zum oppositionellen Flügel der Stramelpartei gehört, veranlaßte ein größeres Auditorium um sich, weil er die politischen Tagesfragen vom Standpunkt des antiemittischen Volkswirtschaftlers beurteilte. Natürlich konnte sich sein Kollege Myslivec nicht die Gelegenheit entgehen lassen, ohne auch wichtige Zwischenrufe zu machen. Mazanec meinte bei Besprechung der Wirtschaft des Bodensandes, daß ein Verlust kommen müßte, um diesen Augiasstall zu reinigen. Myslivec löste durch seinen Zwischenruf: „Das ist kein Augiasstall, das ist ein ausgeglichenes Geschäft!“ lebhaftes Beifallen aus. Mazanec machte es weiter dem Landesverteidigungsminister zum Vorwurf, daß in der Armeebildungskursen die unchristliche Darwinische Theorie über die Abstammung des Menschen verbreitet werde, während man über die Juden in der Armeee nicht rede!

Der tschechische Nationalsozialist Pajeschl sprach sich gegen die Ueberführung des Vertriebs-

wesens in privatkapitalistische Hände aus.

Der tschechische Sozialdemokrat Dr. Mehnert hielt eine längere Rede in der er sich teils mit den Kommunisten und teils mit der Koalition beschäftigte. In der kommunistischen Partei gäbe es zwei Strömungen, eine Moskauer und eine tschechische, die auf die Dauer beizammenzuhalten unmöglich sein wird. Dr. Mehnert sprach sich gegen die Auflösung der kommunistischen Partei aus, da die kommunistische Partei von sich selbst aus ein Ende finden werde.

Das Haus begann sodann die Spezialdebatte, und zwar über die erste politische Gruppe. Nachdem der tschechische Nationalsozialist Spatny gesprochen hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Eine Erklärung unserer Abgeordneten.

Der Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist durch neuerliche falsche Behauptungen des „Pravo Lidu“ zu folgenden Feststellungen genötigt:

„Die Bestrebungen zur Bildung eines oppositionellen Blocks und die verschärfte Opposition anlässlich der Budgetberatung sind zwei vollständig voneinander getrennte Aktionen, die keinen anderen Zusammenhang haben, als das zeitliche Zusammentreffen. Die Anregung zur Nichtbeteiligung an der Budgetdebatte — und nur diese Aktion ist derzeit im Gange — kam von der deutschen Sozialdemokratie. Daß diese Aktion mit der Schaffung eines Oppositionsblocks nicht in Zusammenhang steht, ergibt sich daraus, daß zur Zeit, als der Sprecher des deutschen sozialdemokratischen Klubs, Genosse Taub, im Budgetausschuss seine Erklärung abgab, mit den übrigen Oppositionsparteien noch nicht einmal verhandelt wurde und diese Parteien erst nach der Abgabe der Erklärung des Genossen Taub über ihre Beteiligung an dieser Aktion Beschlüsse faßten.

Damit erledigt sich der Versuch, einen Zusammenhang zwischen der Taktik der deutschen Sozialdemokratie und inwendigen Intrigen des tschechischen Senators Pradel zu konstruieren, von selbst.“

Vorarbeiten für den proletarischen Radiobund.

Die Sitzung des Reichsbildungsausschusses, die am Donnerstag, den 20. November in Prag stattfand, beschäftigte sich eingehend mit dem Problem der proletarischen Radiorganisation. Landesausschussmitglied Genosse Dr. Grund referierte über die geleisteten Vorarbeiten und legte einen Statutenentwurf für den zu schaffenden „Freien Radiobund in der Tschechoslowakei“ vor. Nach einer regen Aussprache über die einzelnen Bestimmungen wurden die Genossen Dr. Grund, Wondrak, Paul, Kuppelent und Jug. Dietmar als Proponenten gewählt. Sie übernahmen es, die Vorarbeiten abzurufen und die Statuten bei den zuständigen Behörden einzureichen. Es wird also schon in einigen Wochen an die Schaffung dieser neuen Kulturorganisation geschritten werden können, für die sich heute schon reges Interesse zeigt. Die proletarischen Interessenten mögen dies zur Kenntnis nehmen und sich einwirken zu den Verbänden bürgerlicher Organisationen ablehnend verhalten.

Die Bergwerksbesitzer lehnen die Lohnerhöhung ab.

Prag, 20. November. Das Präsidium des Verbandes der Bergwerksbesitzer sprach heute beim Ministerpräsidenten Svehla vor, der das Ergebnis der vorgestrigen Besprechung mit den Bergarbeitervertretern bekanntgab. Der Direktor des Verbandes der Bergwerksbesitzer Dr. Petrs erstattete ein Referat über die Situation der Bergwerksindustrie und legte den Standpunkt zu den Forderungen der Bergarbeiter klar. Er hob insbesondere hervor, daß die geforderte Lohnerhöhung bei dem heutigen Stande der Industrie unmöglich sei, wenn das Preisniveau der Kohle beibehalten werden soll. Nach längeren Verhandlungen erklärten sich die Bergwerksbesitzer bereit, neuerdings die Verhandlungen mit den Bergarbeitern aufzunehmen.

Die Neuwahlen der Ortschulräte.

Im Jänner 1925 werden voraussichtlich die Neuwahlen der Ortschulräte durch die Bezirksämter ausgeführt werden, da Ende dieses Jahres oder Anfang des Jahres 1925 die vierjährige Legislaturperiode der auf Grund des neuen Schulaufsichtsgesetzes vom 9. April 1920, Sammlung Nr. 292, gewählten Ortschulräte abläuft.

Nach § 18 des Gesetzes vom 9. April 1920, Sammlung Nr. 292, durch das die Verwaltung des Schulwesens geregelt wird, setzt sich der Ortschulrat zusammen: 1. Aus den Vorstehenden, 2. aus den Vertretern der Schule und 3. aus Vertretern der Schulgemeinde.

Der Vorgang bei den Wahlen ist folgender:

Die Vertreter der Schule wählt die Konferenz der Lehrerschaft, welche in den Volks- und Bürgerschulen mit gleicher Unterrichtssprache in der Schulgemeinde (Schuldistrikt) ange stellt ist. In den Schulgemeinden (Distrikten) wo bei der öffentlichen Schule ständig oder provisorisch weniger als drei Lehrkräfte angestellt sind, treten alle diese Lehrer in den Ortschulrat ein. Sind an der Schule 3-5 Lehrkräfte, so wählen sie auch ihrer Mitte 2 Mitglieder. Sind 6-9 Lehrkräfte, so wählen sie 3 Mitglieder, sind 10-12 Lehrkräfte, so wählen sie 4 Mitglieder, sind mehr als 12 Lehrkräfte, so wählen sie 5 Mitglieder in den Ortschulrat.

In Schulgemeinden (Distrikten), in denen verschiedene Kategorien von Schulen und Lehrern vertreten sind, wählen folgende Gruppen der Lehrerschaft geteilt je ein Mitglied: 1. Die Bürgerschullehrer, 2. Die Bürgerschullehrerinnen, 3. Die Volksschullehrer, 4. Die Volksschullehrerinnen. Jeder Gruppe steht das Recht zu, ein Mitglied zu wählen, wenn sie wenigstens drei Angehörige hat, andernfalls verbindet sie sich zur Wahl mit der Gruppe gleicher Schulkategorien des anderen Geschlechtes. Den Rest der Mitglieder wählt das Plenum der Konferenz.

Mitglieder des Ortschulrates können nur diejenigen Lehrer und Lehrerinnen werden, welche in die Gemeindevertretung wählbar sind.

Die Zahl der Vertreter der Schulgemeinde (des Distriktes) ist stets doppelt so groß als die der Vertreter der Schule.

Die Wahl der Vertreter ist durch die Gemeindevertretungen der eingeschuldeten Gemeinden nach den Bestimmungen des § 63 bezw. 64 der Gemeindevahlordnung vom 31. Jänner 1919 Sg. Nr. 75 vorzunehmen.

Neben den Mitgliedern wählt die Gemeindevertretung des Ortes der Schule drei Ersatzmänner.

Es empfiehlt sich, darauf zu achten, daß sich unter den gewählten Vertretern der Schulgemeinde Eltern der schulpflichtigen Kinder oder deren Vertreter befinden.

Die so gewählten Mitglieder des Ortschulrates wählen nach der Einberufung aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter sowie einen Schriftführer.

Unsere Parteioorganisationen haben schon jetzt in allen Gemeinden die für die Wahl der Ortschulräte nötigen Vorbereitungen zu treffen.

General Nathusius vor dem französischen Kriegsgericht.

Das Urteil: Ein Jahr Gefängnis.

Paris, 20. November. Heute begann vor dem Kriegsgericht die öffentliche Verhandlung gegen den deutschen General Nathusius, der wegen angeblichen Diebstahls von Möbeln, Kleidungsstücken und Tischgerät in Roubaix während des Krieges in contumaciam zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt und neuer zu Allerheiligen bei einem Gräberbesuch im Esch verhaftet worden war. Beim Verhör bestritt General Nathusius den Diebstahl und behauptete, die genannten Gegenstände überhaupt nicht gesehen zu haben. Darauf wurden die Zeugen vorgelesen, die jedoch nichts Bestimmtes aussagen konnten. Nach einstündiger Beratung wurde der General wegen Entwendung eines Tafelservices und eines Küchengeschirrs im Werte von 500 Franken zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Hoeß bei Voicarcé.

Paris, 20. November. (Savas.) Der deutsche Vorkämpfer von Hoeß wurde vom Ministerpräsidenten Herriot empfangen und entwickelte ihm gegenüber die Anschauung der deutschen Regierung über die Handelsvertragsverhandlungen. Durch diese Erklärungen sind die Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, die dem Grund zur Unterbrechung der Verhandlungen bildeten.

Ein englisches Weisbuch über die bolschewistische Propaganda.

London, 20. November. (Eigenbericht.) Die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission zur Prüfung des Sinowjewbriefes ist von der Echtheit des Briefes überzeugt. Wie die „Times“ melden, beabsichtigt die Regierung ein Weisbuch herauszugeben, welches Dokumente über die bolschewistische Propaganda enthält. Die Regierung besitzt unzweifelhaft echte Dokumente, welche von erheblicher Bedeutung wie der Sinowjewbrief sind. Die Antwort der englischen Regierung auf die russische Proclamaion wird noch einige Tage auf sich warten lassen.

Devisenkurze. Prager Kurse am 20. November.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1307.00 00	1373.00 00
100 brit. Pfund	8.05 75	8.18 75
100 franz. Francs	163.50 00	165.00 00
10 schwed. Kronen	65.50 00	68.00 00
100 dän. Kronen	137.30 00	138.70 00
100 lit. Lit.	147.12 50	148.25 00
100 poln. Zloty	38.05 00	38.50 00
100 ungar. Kronen	178.25 00	179.75 00
100 rumän. Leu	40.15 00	40.65 00
1000 magyar. Kronen	4.48 25	4.48 25
1000 poln. Zloty	653.00 00	650.00 00
10.000 österr. Kronen	4.70 50	4.00 50

Telegramme.

Die Kommunisten wirtlichen überall ab.

München, 20. November. (Eigenbericht.) In einer großen Versammlung der Sozialdemokraten in Berlin, in der Genosse Hermann Müller sprach, trat als Diskussionsredner der bisherige Leiter des sechsten Wahlkreises der kommunistischen Partei, Berlin, Georg auf und erklärte, daß er keinen Irrtum vom 4. Mai einfache und nunmehr sozialdemokratisch wählen werde. In den Reihen der anwesenden Kommunisten schlug die Rede Georgs wie eine Bombe ein. Sie gaben ihrer Zustimmung in verapfelselten Worten Ausdruck. Ein Kommunist, der sich zur Diskussion gemeldet hatte, erklärte, daß jetzt das Reden gar keinen Zweck mehr habe.

In Bochum hat die Generalversammlung des Verwaltungsbezirktes Bochum des deutschen Metallarbeiterverbandes die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Die Wahl endete mit einem großen Sieg der Amsterdamer Richtung, für die 405 Stimmen abgegeben wurden während die Kommunisten nur 161 Stimmen erhielten. Bei der Wahl am 3. Juli hatten die Kommunisten noch mit einer Mehrheit von drei Stimmen gestiftet. Der Ausgang der Wahl läßt darauf schließen, daß die Kommunisten auch in Bochum abgewirtschaftet haben.

Tages-Neuigkeiten.

Bergleich zwischen deutschem und tschechischem Schulwesen.

Der Schulausschuss des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper teilt mit:

Abg. Dr. Sedlitz sprach im Budgetausschuss unter anderem von dem ungeheuren Andrang zum Studium an Mittelschulen. Er hält dies für eine äußerst ungeliebte Erscheinung, die zu einer großen Krise der Intelligenz führen müsse. Die Gründe des tschechischen Andranges zum Mittelschulstudium sind wohl bekannt. Sie liegen in den verheißungsvollen Bedingungen, welche die Anstellung im Staatsdienst für jeden halbwegs Studierten bot und für welche die Regierungspolitik der letzten Jahre durch ihre ungehemmte Aufnahme von Beamten und Angestellten selbst das böse Beispiel gab. Für das etwas erhöhte Studium der deutschen Mittelschüler jedoch sind andere Gründe maßgebend. Hier ist es in erster Linie der Selbstverleugungscharakter, der in dem Gedanken wurzelt, daß eine stark behauchte Anstellung nicht so leicht vom Aufstiegsdruck der Schulverwaltung getroffen werden könnte, was allerdings eine Täuschung war. Trotzdem also Sedlitz selbst den Ueberbesuch der Mittelschulen verdammt, wirft er uns Deutschen den Vorwurf hin, daß unser „Geschrei über die Drosselungen“ unbegründet sei, weil die Verhältnisse auch heute noch nicht zufriedenstellend seien, da die Schülerzahl, die auf eine deutsche Mittelschulklasse entfällt, weit niedriger sei, als an tschechischen Mittelschulen (im Durchschnitt 30:36). Statt, daß er froh wäre, daß wenigstens ein Teil der Bevölkerung des Staates an dem ungeordneten Zustande nicht vollen Anteil nimmt, dreht er uns daraus einen Strick. In Anbetracht dieses künftigen Hinaufstrebens des tschechischen Mittelschulbesuches kann daher auch die Schülerzahl selbst keine verlässliche Grundlage für die Beurteilung der Notwendigkeit jener Anstalten bilden, welche diese riesigen Zahlen nicht erreichen. Viel eher ist der Vergleich mit dem Bevölkerungsverhältnis am Platze. Wir besitzen, da heuer die Gymnasien in Prag, Pilsen und die 2. Realschule in Brünn mit keiner Klasse mehr zur Eröffnung gelangt ist, und das Gymnasium in Lundenburg als gänzlich aufgelassen angesehen werden kann, in den historischen Ländern, mit Ausschluß der Lehrerbildungsanstalten, 62 staatliche deutsche Mittelschulen gegenüber 140 tschechischen. Das bedeutet 30,6 Prozent zu 69,4 Prozent, gegenüber einem Bevölkerungsverhältnis von 29,7 Prozent zu 67,2 Prozent. Somit kann wohl von einem unzufriedenstellenden Verhältnis seitens der Tschechen nicht gesprochen werden. Da außerdem der heutige Sommer die Auflassung von drei deutschen Prager Mittelschulen gebracht hat, verschlechtert sich das deutsche Verhältnis auf 29,6 Prozent gegenüber einer Steigerung des tschechischen auf 70,4 Prozent. Dies erweist somit eine Benachteiligung der Deutschen nach ihrer Bevölkerungszahl. Diese Benachteiligung ist noch krasser auf dem Gebiete des Lehrerbildungswesens. Wir besitzen in der ganzen Republik elf deutsche staatliche Lehrerbildungsanstalten, darunter die in Olmütz schon fast ganz aufgelassene und jene in Troppau, Reichenberg und Leitmeritz mit beschränktem Jahrgängen. Die Tschechen aber haben 32 voll aufgebaute staatliche Lehrerbildungsanstalten, das sind 72,5 Prozent gegenüber 25 Prozent, bei einem Bevölkerungsverhältnis von 68,4 zu 24,3 Prozent. Nach der vollständigen Auflassung von Olmütz wird das deutsche Verhältnis auf 23,2 Prozent sinken, was einem Abbruch von über einem Prozent gegenüber dem Bevölkerungsanteil bedeutet. Noch unberechtigter sind diese Anwürfe, wenn man die Zahl der tschechischen Mittelschulklassen betrachtet; dem gesteigerten Besuche auf tschechischer Seite ist ja durch die Errichtung von Parallelklassen ungehindert Rechnung getragen worden, denn sie befinden im vergangenen Jahre nicht weniger als 633 Parallelklassen, was rund 80 tschechische Mittelschulen noch neben in Parallelklassen bedeutet. Von einer Ueberverleugung des deutschen Mittelschulwesens in der Form, wie es den Staat belastet, ist daher keine Rede.

Sonntagsruhe in Nordwestböhmen. Laut Verordnung der böhmischen Landesverwaltung wird in dem Gebiete der politischen Bezirksverwaltungen Tetschen, Dux, Komotau (mit Ausnahme des Gerichtsbezirkes Sebastiansberg), Brüx (mit Ausnahme des Gerichtsbezirkes Katharinberg), Teplitz-Schönau und im Gebiete der politischen Expositur in Bittau der Betrieb aller kaufmännischer Gewerbe, einschliesslich des Lebensmittelhandels, an Sonntagen für das ganze Jahr verboten. Nur in Gewerben, die sich ausschliesslich auf den Verkauf von Milch beschränken, ist der Betrieb von 6 bis 9 Uhr gestattet. — Damit sind die Bestimmungen der freigewerkschaftlichen Organisationen, insbesondere des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr (Zitj Teplitz-Schönau) teilweise von Erfolg gekrönt gewesen. Der Kampf geht nun weiter und wird nicht früher beendet sein, als bis in allen Orten der Republik restlos die Sonntagsruhe durchgeführt werden wird.

Die Einführung einer Kontrollmarke für die Touristen-Legitimationen im Eisenbahnverkehr, die seitlich beschlossen wurde, war für die Touristen und Wintersportvereine eine Ueberlastung. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ protestierte gleich nach dem Bekanntwerden gemeinsam mit dem Klub der Touristen, den tschechischen Arbeiter-Touristen und den tschechischen Turnverbänden durch keinen Vertreter beim Eisenbahnministerium gegen die hohe Gebühr von 5 K.

Primo de Riveras glänzende Strategie:

Bisher 180 spanische Stellungen in Marokko geräumt.

Ein Kriegsbericht nach I. u. I. Muster.

Madrid, 20. November. In einer amtlichen Kundgebung über den Rückzug, den gestern die spanischen Truppen aus ihren letzten Stellungen bei S ch e s u a n vollzogen, wird erklärt, 10.000 Mann der Besatzung von S ch e s u a n befanden sich nach Ueberwindung ungeheurer Schwierigkeiten zehn Kilometer nördlich ihrer alten Stellung. Dieser Rückzug bilde die gewagteste aller bisherigen Operationen in Marokko und sei ein vorbildliches Beispiel (!) hervorragender planmäßiger Strategie (!).

andere schriftliche Proteste lagen vor. Der Referent im Eisenbahnministerium verwies jedoch auf die bereits bestehende höhere Gebühr für Privat-Legitimationen und bemerkte, daß in dieser Einführung eine Aenderung nicht stattzufinden würde, da der Touristenverkehr auf den Bahnen infolge eingerissener Mißstände und auch wegen des Waggomangels einer Kontrolle bedarf. Alle Einwände der Sprecher waren erfolglos. Es wurde lediglich eine Ermäßigung der Gebühr für die jugendlichen Mitglieder erreicht. Für die Reise-Legitimation der Turner kostet die Kontrollmarke nur 3 K. für Jünglinge 1 K. Eine besonderen Kontrollmarke muß auch die Reise-Legitimation der Wintersportvereine zwecks Fahrpreisermäßigung für die Saison 1924/25 tragen. Diese kostet gleichfalls 5 K. Für die minderbemittelten Wanderer und Wintersportler, die nur den Sonntag — und den nicht immer — frei haben und auch nicht große Strecken fahren können, ist diese Gebühr dennoch eine Belastung, eine Erschwerung ihres Vorhabens, sich in gesunder Luft zu tummeln und frische Kräfte zu sammeln. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß im nächsten Jahr eine Aenderung der Markengebühr erreicht wird.

Sträßliche Fahrlässigkeit. Bei einer Dachreparatur in Prag-Niklov stürzte gestern vormittags der Dachbedeckung Stanislaus Palaty vom Dache herunter und erlitt einen Schädelbruch, einen Bruch des linken Beines und der linken Hand und schwere innere Verletzungen, so daß er kurz darauf starb. Der Verletzte war nicht — wie es die Vorschriften erheischt — angeleitet. Die Untersuchung ist eingeleitet worden. — Auf einem Neubau in Prag-Dubentz wurde gestern früh im Kellerraum des Visschadtes der 51-jährige Nachwächter Johann Koval aus Prag-Wehrow tot aufgefunden. Eine Polizeikommission stellte fest, daß in allen Stockwerken der Visschacht vorschriftsmäßig mit Gittern versehen war, so daß der Verdacht auftauchte, daß an Koval ein Verbrechen begangen wurde. Bei der Weiteruntersuchung wurde jedoch festgestellt, daß Koval vor dem Nachtschlafen in den Neubau stürzte und dabei durch den Visschacht hinabstürzte. Der Vorkaiser hat nämlich, als er von dem tödlichen Unfall erfuhr, gestern zeitlich früh die Gitter anbringen lassen. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Der tägliche Eisenbahnunfall. Die Eisenbahndirektion in Königgrätz teilt mit: Am 20. November, um 8 Uhr früh, entgleiste beim Verschieben in der Haltestelle Dubina mit einer Achse die Lokomotive des Zuges Nr. 974. Die Strecke wurde verlegt; die Reisenden des Zuges Nr. 801 mußten umsteigen. Um 12.30 Uhr wurde die Strecke wieder freigelegt. Die Untersuchung ist eingeleitet worden.

Eigenartiger Selbstmordversuch. Der Elektromonteur Franz Hablicek in Oberleutensdorf, der die drahtlose elektrische Beleuchtung erfunden haben wollte und mit seiner angeblichen Erfindung einige Tage großes Aufsehen sogar bei vielen Fachleuten erregte und auch die Regierung für seine „Erfindung“ zu interessieren wußte, bis man ihn auf den Schwindel kam, hat auf eigenartige Art infolge unglücklicher Liebe seinem Leben ein Ende zu machen versucht. Er band eine Schnur an einen Ziegel, legte diesen zwischen einen Pfeiler und einen Schuppen und wollte sich dann erhängen. Der Ziegel gab aber nach und fiel Hablicek auf den Kopf, so daß er besinnungslos liegen blieb. Er wurde später halb erfroren aufgefunden. Durch Wiederbelebungsversuche brachte man ihn wieder zum Bewußtsein.

Die Riesen-Aktienfälschung. Zu der Aktienfälschungssache, über die wir gestern berichtet haben, wurden inzwischen folgende neue Einzelheiten bekannt: Während der verhaftete Bankbeamte Kling auch weiter leugnet, Mitwisser der Fälscher gewesen zu sein, wurde vorgestern in Prag eine aus Wien zugereiste Frau namens Lily Weiß festgenommen, die bereits ein teilweises Geständnis abgelegt hat. Sie gab an, die gefälschten Aktien in Wien von einem gewissen Andor Szechens erhalten zu haben, der sich fälschlich als Mitglied der alten Grafenfamilie dieses Namens bezeichnet. Szechens ist ein oftmals vorbestrafter und aus Vesterreich abgeschaffter Verbrecher. Die Weiß versichert, daß er sich dennoch auch gegenwärtig natürlich unter falschem Namen in Wien aufhalte, wo er bei einem Bankhaus ein Sofa besitze. Der Schlüssel zu diesem wurde bei der Verhaftung angefunden. Nach einem aus Wien eingetroffenen Telegramm ist der Polizei zur Kenntnis gelangt, daß ein Mitglied der Fälscherbande sich auf der Reise von Amerika über die Schweiz nach Wien befindet; Lily Weiß bestätigt diese Nachricht. Ri-

Seitdem Primo de Rivera den Oberbefehl übernommen habe, seien mehr als 180 Stellungen geräumt worden.

Die Regierung könne sich glücklich schätzen (!), daß dieser äußerst geschickte Rückzugsplan mit mathematischer Genauigkeit durchgeführt werde, was bisher keine frühere Regierung gewagt habe. Die hervorragende Leistung des Oberbefehlshabers (!) und das heroische Verhalten der Truppen verpflichte Spanien zu tiefem Dank.

minantinspektor Anizel hat sich unverzüglich mit dem Schlüssel zu dem Panzerbrante Szechens nach Wien begeben, um gemeinsam mit der Wiener Kriminalpolizei weitere Erhebungen zu pflegen. Bei der sorgfältigen Ueberprüfung der gefälschten Aktien der Böhm. Zuckerindustrie wurde festgestellt, daß bei den Fälschungen auf dem Worte Culerni der Strich auf dem i fehlt, daß das Wasserzeichen, das auf den Originalen kaum sichtbar ist, auf den Fälschungen klar hervortritt, daß die Rosa-Verzierung der Zahl 200 undeutlich und daß die Buchstaben des Stempels niedriger und breiter sind als auf den echten Aktien. Die Kupponbogen der Fälschungen unterscheiden sich von den echten durch die Farbe; die echten Bogen sind hellgelb, die Fälschungen grünlich. Bei allen Kupons der Fälschungen sind die Jahreszahlen undeutlich, wie wenn sie überschrieben oder verbessert worden wären. Als Muster dienen den Fälschern Kumulativaktien aus dem Jahre 1922, die die Zahlen 60.000 bis 100.000 tragen. Die Unterschriften auf den Aktien wurden mit Bleistift durchgeführt und dann mit der Feder nachgezogen. Im ganzen wurden bisher an 1600 Fälschungen aufgefunden.

Vierter Ziehungstag der fünften Klasse der ersten Klassenlotterie. Bei der gestern vorgenommenen Ziehung wurden die Grundzahlen 22 und 57 gezogen. 30.000 K gewonnen: 156.122; 20.000 K gewonnen: 109.122; 10.000 K gewonnen: 81.957; je 5000 K gewonnen: 12.322 116.057 139.422 148.857 188.422; je 2000 K gewonnen: 822 4122 7622 38.157 43.257 43.922 54.557 63.022 80.587 101.067 113.457 117.722 123.257 151.057 161.557 166.722 178.057 180.357 210.022 216.422 219.122.

Selbstmord von Mutter und Sohn. Gestern um halb 4 Uhr früh sprang von der Bolafische des dritten Stockwerkes des Hauses Nr. 187 in Prag III. der 21-jährige Jurist Bondraček und blieb bewußtlos auf dem Pflaster liegen. Seine 44-jährige Mutter Julie Bondraček stürzte sich dann in größter Aufregung über den fürchterlichen Vorfalle in den Hof des Hauses und verletzte sich tödlich. Der Sohn hat schwere innere Verletzungen erlitten; der Selbstmord wird mit einem schweren Nervenleiden des Juristen in Zusammenhang gebracht.

Im Versteck verurteilt. Infolge eines Schrittes beim Aufspringen auf einen Eisenbahnzug in der Station Burzmes (Strecke Komotau—Aussig) geriet der 29-jährige Kondukteur Franz Lehmann aus Ullersdorf bei Dobruška unter die Räder des Zuges. Der rechte Arm wurde ihm vollständig abgefahren, außerdem erlitt er schwere Verletzungen an der Brust. Im Komotauer Krankenhaus erlag er nach zwei Stunden seinen schrecklichen Verletzungen. Der so tragisch ums Leben gekommene Eisenbahner hinterläßt eine junge Frau und zwei unterförmige Kinder.

Eine Feststellung. Gegenüber den Behauptungen der kommunistischen Presse stellen wir fest, daß Herr Univer.-Prof. Dr. August Müller aus Berlin, der gestern einen Vortrag im Prager Industriellenklub hielt, unserer reichsdeutschen Bruderpartei nicht angehört.

Der Anteil der Miete an den Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Ländern. Nach einem jüngst erschienenen Bericht des „Internationalen Arbeitsamtes“ (enthalten im Oberheft der „Revue International du Travail“) betrug der Anteil der Miete an den Lebenshaltungskosten im Juli 1924 in Brüssel 4,77 bis 7,76 Prozent, in Christiania 11,25 Prozent, in Mailand 7 Prozent, in Ottawa (Kanada) 22 Prozent, in Philadelphia 13,2 Prozent, in Prag 5,36 Prozent, in Rom 5 Prozent, in Stockholm 15 Prozent, in Wien 3 Prozent, in Deutschland 9,6 Prozent, in England 13 Prozent, in Holland 13 Prozent.

Verkleuderte Rüstungsmillionen. Wie verlautet, erzielte die Regierung der Vereinigten Staaten aus dem Abwraten von 28 Kriegsschiffen gemäß dem Abrüstungsabkommen nur 1.410.759 Dollars. Elf Schiffe davon waren Neubauten und es waren für sie bereits 1.815.000 Dollar verausgabt worden. Sie hätten, wenn ihr Bau vollendet worden wäre, 426 Millionen Dollars gekostet.

Der Kampf gegen das Lynchwesen in den Vereinigten Staaten. Daß die Lynchungen in den Vereinigten Staaten hauptsächlich durch die gegengeführten Kampagne von Seiten der „Association for the Advancement of Colored People“ abgenommen haben, wurde vom Sekretär dieser Gesellschaft, James Weldon Johnson, auf der Konferenz für „Interracial Justice“ in Philadelphia soeben erklärt. Johnson sagte, daß die ersten organisierten, systematischen, andauernden und mit Geldmitteln unterstützten Bestrebungen, um das Lynchwesen in Amerika zu beseitigen, vor

acht Jahren begonnen haben. Dreißig Jahre lang vor dem Jahre 1919 war die Durchschnittszahl der jährlichen Lynchungen 107. Voriges Jahr sind nur 28 Fälle berichtet worden, und dieses Jahr bis jetzt nur neun. Mehr als 50.000 Dollars wurden in dieser Kampagne verbraucht. Die Tatsachen wurden von speziell zur Untersuchung der Einzelheiten über die Lynchungen entsandten Männern oft unter Lebensgefahr, gefammelt, Statistiken wurden untersucht und gepreßt und dann in dem Buche „Dreißig Jahre Lynchungen“ veröffentlicht. Massenveröffentlichungen wurden abgehalten, einschlägige Literatur verteilt und die Tatsachen und Zahlen in der ganzen Welt veröffentlicht. Die Anti-Lynch-Kampagne hat den Weg für Myers Anti-Lynch-Gesetzesvorschlag vorbereitet, dessen Annahme im Kongress mit 230 gegen 119 Stimmen beschlossen, aber durch die Obstruktion im Senat verhindert wurde. Johnson sagte, daß der Gesetzesvorschlag immer noch dem Hause vorliegt, und er empfiehlt, den Kampf dafür fortzusetzen, daß das Lynchwesen als ein Verbrechen erklärt wird, das von der Bundesregierung bestraft werden kann.

Amerikanische Bauern sperren die Wasserleitung einer Stadt. Infolge des nunmehr zwanzig Jahre dauernden Streites zwischen der Stadt Bos Angeles und der Landwirtschaft über hundert bewaffnete Bauern den Aquädukt, der sich 200 Meilen nördlich der Stadt befindet und ließen den Inhalt des Reservoirs in den Fluß Owen abfließen. Der Magistrat der Stadt verlangt Militärassistenten, aber der Gouverneur schiebt eine Aktion vorläufig hinaus, mit der Begründung, die Unruhen würden in wenigen Tagen aufhören. Die Ursache des Streites ist folgende: Vor zwanzig Jahren leitete die Stadt mit Rücksicht auf die wachsende Bevölkerungsziffer das Wasser aus den Gebirgsquellen direkt ab, so daß der Fluß Owen, der für die Landwirtschaft die Lebensquelle darstellt, wasserarm wurde. Im vergangenen Mai wurde ein Dynamitattentat auf den Aquädukt verübt, einige Monate später wurde der Stadtmann mit dem Tode bedroht, falls er auf seinen Posten zurückkehrt. Nunmehr wurde eine Konferenz einberufen, um ein Kompromiß zwischen Stadt und Land herbeizuführen. Da aber die Konferenz zu langsam arbeitete, wurde das neuerliche Attentat auf den Aquädukt verübt. Nebrigens verfügt die Stadt auch über andere Wasserquellen, so daß sie 90 Tage auch ohne die jetzt beschädigte Wasserleitung aushalten kann.

Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge. Laut „A. J.“ am Mittag sind gestern früh noch in voller Dunkelheit zwei Züge der dänischen Staatsbahngesellschaft am Eingange des Hafens von Korsör zusammengestoßen. Vier Eisenbahnwagen stürzten ins Wasser, keiner von Passagieren ist jedoch ernstlich verletzt worden.

Erdbeben in der Schweiz. Mittwoch abends wurde eine etwa 15 Minuten dauernde starke Erderschütterung längs des Juragebirges verspürt. Häuser gerieten ins Wanken, Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

Gegen die Verbreitung von Fehlfilmen in Griechenland. Die Athener Tagespresse hatte die Aufklärung des berühmten Propagandafilms „Der Beschuldigte“ (L'Accusé) in Griechenland angekündigt, der zum Teil eine gefäßliche Propaganda gegen die Mittelmächte zum Gegenstand hat. Die griechische Zensur hat nunmehr die Ausschaltung jener Teile des Films, die dem Deutschen Reich unangenehm sein könnten, verfügt und angeordnet, daß der Propagandafilm nur in der auf diese Art gekürzten Form vorgeführt werden darf.

Die Passkrankheit auch in Liban. Die in Ostpreußen aufgetretene Passkrankheit ist auch in Liban bei Ostseefischern beobachtet worden. Sie hat sich durch Lähmung der Hände und Füße gezeigt.

Radio als Konkurrent. In den Vereinigten Staaten hat der Rundfunk bereits über drei Millionen Teilnehmer, und es ist anzunehmen, daß in absehbarer Zeit ein noch weit umfassenderes System von Rundfunkstationen Amerika umspannen wird. Gleichwohl sehen manche Unternehmer dieser radioreichen Zukunft mit einer gewissen Sorge entgegen, und zwar aus dem Grunde, weil man bisher noch keine Möglichkeit gefunden hat, die Rundfunkstationen bzw. ihre Unternehmer entsprechend zu entschädigen. Der Rundfunk verdankt seine Verbreitung hauptsächlich der Musik, die er vermittelt. Die Folge hiervon hat sich aber schon insofern gezeigt, als — wenigstens in Amerika — die wirtschaftliche Lage der Musiker sich bereits zu verändern beginnt. Gleichzeitig geht, wie es heißt, auch der Verkauf von Klavieren, Noten und Grammophonplatten immer mehr zurück, was wiederum auf eine Anzahl von Einzelindustrien recht ungünstig einwirkt. Besonders hervorzuheben ist jedoch die Tatsache, daß sich nun vor allem die Komponisten vor der widerrechtlichen Verbreitung ihrer Tonwerke schützen müssen, denn die Frage des Autorrechts im musikalischen Rundfunk tritt mit der zunehmenden Entwicklung des Rundfunks immer mehr in den Vordergrund. Die amerikanische Vereinigung der Komponisten, Herausgeber und Musikverleger macht dem auch tatsächlich seit einiger Zeit die Aufführung ihrer Werke von gewissen Plagiaten abhängig. Jedenfalls wird die sich immer mehr ausdehnende Verbreitung des Rundfunks auch in dieser Hinsicht manche Veränderung notwendig machen.

Stahlgewerkschafter. In Blackpool (England) sind über 100 Stahlgewerkschafter im Bau. Dieses neue Bauverfahren hat bei den städtischen Behörden Englands so viel Interesse gefunden, daß bereits 20 Deputationen die Häuser besichtigt haben. Ihr Eindruck war außerordentlich günstig, so daß 15 Gemeinden Pläne für die Errichtung derartiger Bauten ausgearbeitet haben. Man sagt, daß nach dem System von Blackpool ein Block von vier Häusern in zwölf Tagen erbaut werden kann, und zwar billiger als gleich große Ziegelbauten.

Reiseerfolg. An der Krainer Grenze ist Mittwoch um 17 Uhr 20 Minuten, wie aus Rom gemeldet wird, ein feuriger Meteor beobachtet worden, der hinter dem Monte Torni niederzufallen schien.

12.000 Kilometerreise einer Taube. Eine Brieftaube, die eine Reise von fast 12.000 Kilometer zurückgelegt hat, ist jetzt auf dem Rückflug nach Irland im Londoner Zoo eingetroffen. Das Tier ist das Eigentum eines irischen Taubenzüchters Thomas Brennan und sollte ursprünglich nur von Wales mit anderen Tauben zusammen nach dem Ort Donaghadee in Irland fliegen. Die Taube verirrte sich aber und trat einen abenteuerlichen Flug an. Die erste Runde von ihr wurde durch das Zeugnis eines Schiffskapitäns gegeben, dessen Schiff die Taube in der Nähe der Kanarischen Inseln zum Anhalten wählte. Die Taube kam dann mit dem Schiff nach New York, und hier verschaffte der Direktor des New Yorker Zoo dem weitgereisten Vogel eine „Ehlohnbescheinigung“ nach Amerika. Da man an dem König des Tieres den Eigentümer feststellen konnte, so wurde der Vogel nach dem Londoner Zoo zurückgeschickt, damit er von dort weiter nach Irland gelangen könne. Die Taube hat so eine Reise von 7637 englischen Meilen, also fast 12.000 Kilometer zurückgelegt. Doch ist nicht anzunehmen, daß sie die Kanarischen Inseln erreichte, ohne sich auf anderen Schiffen ausgeruht zu haben.

Wetterübersicht vom 20. November. Eine vom Nordwesten her fortschreitende Erwärmung hat Donnerstag früh die ganze Westhälfte der Republik erfaßt. Die Morgenfröste haben sich hier erheblich gemildert, und zwar bis auf -1 bis -3 Grad Celsius. Die Ergiebigkeit der Schneefälle am Mittwoch innerhalb eines Ausläufers der nördlichen Depression war in den Randgebieten Böhmens am größten (6,4 bis 7 Millimeter). — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bewölkt, keine oder nur unbedeutende Niederschläge, weitere leichte Erwärmung, Nordwestwind.

Volkswirtschaft.

Ausperrung in der Metallindustrie Ostböhmens.

Ende September dieses Jahres überreichten die Vertrauensmänner in den Metallbetrieben Ostböhmens ihren Firmen die Forderung nach einer Teuerungszulage. Dieselbe wurde unter Hinweis auf den bestehenden Vertrag abgelehnt. Hierauf wurde am 1. Oktober der Vertrag gekündigt und die Forderung nach einer 15prozentigen Lohnerhöhung gestellt. Es fanden zwei Verhandlungen statt und wurde auch diese, in den jetzigen Teuerungsverhältnissen begründete Forderung abgelehnt. Die Unternehmer erklärten, daß sie bereit wären, Lebensmittel einzukaufen und zum Selbstkostenpreis an die Arbeiter abzugeben. Sie erklärten, daß sie die Teuerung anerkennen, jedoch würde eine Lohnerhöhung eine weitere Preiserhöhung nach sich ziehen. Alle Bemühungen der Vertreter des Internationalen Metallarbeiterverbandes, den Konflikt zu vermeiden und die Unternehmer zum Entgegenkommen zu veranlassen, blieben resultatlos. Nachdem zuvor einzelne Unternehmer ihren Arbeitern anempfahlen hatten, den Vertrag zu kündigen und Forderungen zu stellen und auch die Erhöhung der Löhne in Aussicht zu stellen, so konnte man bei den Verhandlungen feststellen, daß es eigentlich die Unternehmerorganisation sei, welche die Ablehnung veranlaßt. Daß nicht die wirtschaftliche Unmöglichkeit, Lohnerhöhungen zu gewähren, die Ablehnung veranlaßt, beweist die Erklärung eines Unternehmers zu seinen Arbeitern, wenn man eine solche Erhöhung in einer größeren Stadt nachweist, so werden sie dieselbe gleichfalls bewilligen. Auf die Ablehnung traten nun die 80 Arbeiter der Firma Jozagale, Maschinenfabrik in Trautau, und der Firma Kröner, Maschinenfabrik in Ober-Mittstadt, am 3. November in Streik.

Die Unternehmer veröffentlichten nun in den anderen Betrieben auf Weisung ihrer Organisation des Deutschen Hauptverbandes der Industrie Anschläge, durch welche sie ihren Arbeitern mitteilten, falls die streikenden Arbeiter bis 15. November die Arbeit nicht bedingungslos aufnehmen, so ihre Betriebe schließen und die Arbeiter entlassen. Ein neuerlicher Versuch, eine Einigung herbeizuführen, welcher vom Gewerbeinspektor unternommen wurde, scheiterte an dem starren Nein des Herrn Dr. Stabe, Sekretär der Unternehmer.

Am 17. November wurde nun die Ausperrung durchgeführt und vier Betriebe mit 350 Arbeitern geschlossen. Zwei weitere Betriebe sollten noch folgen.

Daß sich die Unternehmer nur dem Diktate ihrer Organisation fügten, ist daraus zu ersehen, daß sie über-ll auf ihre Betriebsausschüsse Einfluß nahmen, um die streikenden Kollegen zu veranlassen, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, damit sie nicht ausseren brauchen. Ja, am Ausperrungstage selbst war der Obmann der Industriefreien bereit, mit seinen Arbeitern zu verhandeln, damit er weiter arbeiten kann. Dieses Verlangen mußte jedoch unter Hinweis, er solle sich an die Organisation wenden, abgelehnt werden.

Die Unternehmerorganisation hat nun die Absicht, den Kampf weiter auszudehnen und sollen, wenn die Metallarbeiter nicht bedingungslos zur Arbeit zurückkehren, in 14 Tagen bis drei Wochen auch alle anderen Industrieunternehmungen Ostböhmens ihre Betriebe schließen und die Ar-

beitererschaft entlassen. Herr Dr. Stabe als Kreissekretär des Deutschen Hauptverbandes ist der Auffassung, daß es auf diese Weise gelingen wird, wieder jenen rechtslosen Zustand für die Arbeitererschaft herbeizuführen, wie er früher einmal in Ostböhmen herrschte. Es geht den Unternehmern nicht um die paar Kronen Lohnerhöhung, sondern um die Behauptung und Durchsetzung ihres Herrenstandpunktes. Die Unternehmer berufen sich bei ihrer Ablehnung auf die Konkurrenz, und darunter besonders auf die Deutschlands, welche wesentlich billiger produzieren soll, als es bei ihnen der Fall ist. Daß die Löhne daran keine Schuld tragen, beweist die nachfolgende Gegenüberstellung der Löhne Ostböhmens, Westböhmens und Sachsens. Die Löhne betragen bei den Arbeitern verschiedener Kategorien über 24 Jahre:

Professionisten in Ostböhmen 3 bis 3.60 K, in Westböhmen 3.54 bis 4.48 K, in Sachsen 4.48 bis 4.92 K; qualifizierte Hilfsarbeiter in Ostböhmen 2.85 bis 3.08 K, in Westböhmen 3.33 bis 3.92 K, in Sachsen 4 bis 4.40 K; Hilfsarbeiter in Ostböhmen 2.48 K, in Westböhmen 2.98 bis 3.57 K, in Sachsen 3.80 bis 4.08 K.

Aus diesen Ziffern ist zu erkennen, daß die Forderungen der Arbeiter vollständig gerechtfertigt sind und nur der Nachdruck der Unternehmerorganisation die Schuld daran trägt, daß es zu einem Kampfe gekommen ist, der katastrophale Auswirkungen für das gesamte Gebiet Ostböhmens haben kann.

Eine internationale Aktion der Glasarbeiter.

Die Vertreter der tschechoslowakischen Glasarbeiter beim Minister Waldman.

Der Internationale Kongreß der Glasarbeiter, der in den Tagen vom 19. bis 23. September 1924 in Prag tagte, beschloß, den Regierungen aller Länder ein Memorandum vorzulegen, welches die Forderungen der Glasarbeiter enthält. In diesem Memorandum werden hauptsächlich Fragen des Arbeiterschutzes behandelt. Verlangt wird eine Regelung der Arbeitszeit der Glasarbeiter (45 Stunden in der Woche) für die in den Glashütten Beschäftigten, in den Sommermonaten sechsstündige Arbeitszeit, Verbot der Sonntagsarbeit, Verbot der Arbeit von Kindern unter 16 Jahren in der Glasindustrie, Verbot der Arbeit von Frauen und Jugendlichen unter 16 Jahren in Apparaten, bei Apparaten, in denen mit Säuren gearbeitet wird, als auch Verbot der Nachtarbeit für diese Kategorie. Hygienische Ausgestaltung der Betriebsräume und Werkstätten, Verwendung von pneumatischen Pfeiffen, Hilfskräfte für Gewerbeinspektorate aus den Reihen der Arbeitnehmer, Erholungsurlaub und Arbeitslosenunterstützung.

Dieses Memorandum legten die Vertreter des tschechischen und deutschen Glasarbeiterverbandes, die unter Führung der Abgeordneten Gensow, Schäfer und Tagerle erschienen waren, dem Minister Waldman gestern vor. Der Minister erklärte, er werde trachten, so weit dies auf Grund der bestehenden Gesetze möglich ist, die in dem Memorandum enthaltenen Forderungen im Verordnungswege durchzuführen und daß er dem Zentralgewerbeinspektor Polorny einen entsprechenden Auftrag erteilen werde. Auch sonst werde er sich bemühen, eine Reihe von Forderungen der geforderten Lösung zuzuführen.

Die Kleinhandelspreise steigen weiter.

Die Indices der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensbedarfsartikel beziffern sich in der mittleren Woche des Monats Oktober 1. J. in der Gruppe I (täglich benötigte Artikel, namentlich Nahrungsmittel) auf 916 gegenüber 908 und 897 in den beiden Vormonaten; und in der Gruppe II (Textilstoffe, Schuhe und Männerhüte) auf 1064 gegenüber 1062 und 1053.

Das Steigen der Teuerung hält daher an, die Verteuerung beträgt bei Hauptbelegung der Preise vom Vormonate bei der Gruppe I plus 0.8 Prozent (im Vormonate plus 1.3 Prozent), bei der Gruppe II plus 0.3 Prozent (im Vormonate plus 0.9 Prozent). Von den in der Gruppe I einbezogenen Waren stiegen im Preise: Weizenmehl plus 14.8, Eier plus 11.2, Kornkaffee plus 7.5, Weizenmehl plus 6, Rindfleisch plus 2.2, Schweinefleisch plus 2.1, Butter plus 2, Schweinefleisch plus 0.6, Salami plus 0.5, ebenso auch Brennholz plus 0.5 Prozent. Im Preise liegen nach, entsprechend der Saison, Kartoffeln und Kraut, beides minus 15.1 Prozent. Ihre Preise behielten bei oder änderten bloß geringfügig: Hülsenfrüchte, Kohlen und Petroleum. In der Gruppe II stiegen an: Schuhe plus 0.6 und Männerhüte plus 1.1 Prozent, die Preise der Textilstoffe blieben unverändert.

Streik der Buchdrucker in Preßburg.

Mitte Oktober finden zwischen den Buchdruckereibesitzern und der Buchdruckerorganisation der Slowakei Verhandlungen betreffend Neuregelung des Kollektivvertrags für die Slowakei und Karpatenrußland statt. In einer Versammlung, die am letzten Sonntag stattfand, beschloßen die Buchdrucker, von den Unternehmern zu fordern, daß der bisherige alte Kollektivvertrag inwieweit verlängert wird. Da die Unternehmer diesem Antrag beigetreten sind, hat am Donnerstag der Streik in Preßburg eingesetzt. Es wird in allen Betrieben gestreikt, mit Ausnahme der beiden Buchdruckereien, nämlich der tschechischen und der deutschen, sowie der Druckerei Comordia, die den Vertrag unterfertigt haben. Auch die Forderungen in Preßburg erscheinen nicht, ausgegeben wird bloß ein magyarisches Blatt, sowie das Blatt der slowakischen Sozialdemokratie.

Gerichtssaal.

Drei Urteile.

Das Bezirksgericht in Hartmannitz, Bezirk Schüttenhofen, hat einen Heger, der zwei Schüsse auf vier unter 18 Jahre alte wehrlose Burschen abgegeben hat, wobei nur durch den Umstand, daß Bäume im Wege waren, die wehrlosen Burschen von den Schrotkörnern verschont blieben, freigesprochen, die vier Burschen jedoch wegen angebliehen, nicht erwiesenen Steinwerfens zu je 20 Kronen Geldstrafe bedingt verurteilt. Das Kreisgericht in Bistitz bestätigte das Urteil.

Das Kreisgericht Budweis sprach am 17. d. einen Heger frei, der zwei Arbeiter durch Anlegen des Gewehres zwingen wollte, eine vom Revierverwalter zugesagte Arbeit nicht weiter zu verrichten, sondern jene, welche er ihnen zuwies. Durch Zeugen wurde dieser Tatbestand nachgewiesen, das Gericht sprach jedoch den Heger frei. Der Revierverwalter Wiener sagte bei dieser Verhandlung als Zeuge aus, der eine der betreffenden Arbeiter sei ein renitentier Mensch. Diese Aussage genügte, die Angaben der Arbeiterzeugen wurden gar nicht weiter in Betracht gezogen.

Ein ähnliches Massenurteil fällt die Schiedskommission in B. Arumau am 18. Oktober d. J. in der Frage der Errichtung von Betriebsausschüssen in der Forstwirtschaft, worüber der Richter das schriftliche Urteil noch nicht zustellte, trotzdem das laut Gesetz innerhalb 14 Tagen erfolgen soll. Der Richter, der ein halbes Jahr zur Überprüfung des Materials brauchte, das von den Holzauern mit Hilfe der Organisation vorgelegt wurde, stimmte einfach mit den zwei Unternehmerbeisitzern, obwohl an der Hand des Materials und der Krankenlistenstatistik der Nachweis erbracht wurde, daß der Revierverwalter nicht als Arbeitsgeber in Betracht kommen kann, sondern die Direktion, zu der das Revier gehört.

Das neugeborene Kind erklüht.

Mährisch-Odrau, 19. November. Als zweiter Fall vor dem Odrauer Schwurgerichte wurde ein Kindesmord verhandelt, der schon zum zweitenmale den Gegenstand einer Schwurgerichtsverhandlung bildet. Angeklagt war die 23jährige Marie Janitzel, ein Dienstmädchen aus Grabove (Kreis M.-Odrau). Die Angeklagte diente kurze Zeit bei dem Häusler Ditschowitz, während welcher Zeit sie schon der Niederkunft entging. Kurze Zeit nach der Geburt des Kindes verbreitete sich in der Ortschaft Gerüchte, daß die Janitzel ein Kind geboren und dieses totam getötet habe. Von diesen Gerüchten erfuhr auch der Gendarmeriewachmeister Kowatz, der in Auftragsleistung des Ortsvorstehers Ludwig die Angeklagte ins Verhör nahm. Bei dem Verhör bekannte sich die Janitzel schuldig, daß sie am 2. Juni des heurigen Jahres am Heuboden im Haus ein Kind zur Welt brachte, welchem sie, als sie auf der Ohnmacht erwachte, mit der Hand den Mund zuhielt und so den Tod des Kindes herbeiführte. Nach dem Verhör bot die Angeklagte dem Ortsvorsteher Ludwig, daß er dem Wachmeister beibringen solle, es sei eine Frühgeburt gewesen. Nachher verlockte sie, in den Brunnen zu springen, wurde aber vom Ortsvorsteher zurückgehalten.

Bei Gericht änderte sie später ihre Aussage und behauptete, diese unter Zwang abgelegt zu haben. Aus diesem Grunde wurde die erste Schwurgerichtsverhandlung vertagt, um weitere Erhebungen zu pflegen. Einige Zeit darauf gestand sie, allerdings vor dem Untersuchungsrichter, die Tat ein.

Der Gerichtsdozent, der die Leiche des Kindes sezierte, bestätigte, daß das Kind lebensfähig war. Es war auch zum weiteren Leben fähig, es wurde als totam getötet. Der Verteidiger der Angeklagten verlangte, daß den Geschworenen außer der Hauptfrage, lautend auf Kindesmord, eine zweite Hauptfrage in dem Sinne, ob nicht in diesem Falle die Angeklagte nur der schuldigen Fürsorge schuldig ist, woraus der Tod des Kindes entstand, gestellt wird. Wegen der Zulassung dieser Frage verwehrt sich der Staatsanwalt; jedoch wurde dem Antrage stattgegeben, weshalb der Staatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde anmeldete.

Die Geschworenen verneinten die erste Hauptfrage, lautend auf Kindesmord, und bejahten mit großer Stimmen die zweite vom Verteidiger lauttragte Hauptfrage; nach diesem Wahrspruch wurde die Angeklagte zu vier Monaten strengen Arrests verurteilt. Diese Strafe ist durch die Haft verbüßt. Der Staatsanwalt beantragte, die Angeklagte wüßte in Haft zu behalten, da der Gerichtsfall noch vor das Oberste Gericht in Brünn gelangen wird. Diesem Antrage wurde nicht stattgegeben.

Wenn zwei daselbe tun...

Vor dem hiesigen Schöffengericht in Eisleben hatte sich der Fleischermeister Walter als Unterröblingen a. See wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu verantworten. Walter hatte im April 1924 auf einer Fahrt nach Halle in der Eisenbahn ein politisches Gespräch geführt und dabei auch den früheren Reichsminister Scheidemann und den Reichspräsidenten Ebert mit Schimpfworten, wie Lumpen usw. beleidigt. Unterstützt wurde er darin durch einen im selben Abteil sitzenden Hauptmann a. D. Ein zufällig mitfahrender Republikaner wollte die beiden Helden auf dem Bahnhof in Halle feststellen lassen. Der Hauptmann o. D. wählte aber der Vorsicht besseren Teil und verließ die Eisenbahn, während der Fleischermeister zur Polizeiwache folgen mußte. Das Gericht verurteilte den Schimpfhelden nur zu 1000 Mark Geldstrafe.

Gleichzeitig wird aus Arnberg berichtet: Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich der Händler Siegfried Schaumburg wegen Beleidigung des früheren Reichskanzlers Cuno zu verantworten. Der Angeklagte hatte im Lauf einer Unterhaltung erklärt: „Es laufen in Deutschland noch große Lumpen herum. Der größte Lump ist Reichskanzler Cuno. Auch mit der Ruhrspende ist alles Schwindel. Die haben ja doch nur Cuno, die ausgewiesenen Landräte und höheren Beamten gesteuert.“ Der Angeklagte, der von befreundeter nationalsozialistischer Seite denunziert worden war, gab an, die Worte in höchster Erregung gesprochen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 300 Mark. Das Gericht ging weit über diesen Antrag hinaus und verurteilte den Angeklagten zu nicht weniger als fünf Monaten Gefängnis.

Die Gegenüberstellung der beiden Urteile zeigt, daß der von einem altpreussischen Justizminister aufgestellte äußerst bedenkliche Rechtsgrundsatz: „Wenn zwei daselbe tun, so ist das doch nicht daselbe!“ auch in der deutschen Republik noch Geltung hat. Auf den ersten Blick fällt ins Auge, daß die Beleidigungen in beiden Prozessen die Ehre der Beleidigten bewertete und die Strafen abgemessen wurden, recht verschieden sind. Auch die Gegenüberstellung mit Urteilen in anderen Beleidigungsprozessen beweist, daß die Ehrenkränkung des Kanzlers der Schwerindustrie Cuno viel schwerer geahndet worden ist, als die Beleidigungen des Reichspräsidenten oder anderer führender Politiker, die den Linksparteien angehören.

Der Estlittprozeß.

Budapest, 19. November. Da infolge des Zurücktretens der Verteidiger Estlitt ohne Vertretung geblieben wäre, bestellte der Gerichtshof einen im Saal anwesenden Advokaten zum Verteidiger des Angeklagten. Hierauf wird zum Verhör geschritten. Estlitt erklärt, daß er die Klage nicht versteht und daß er deshalb mit dem neuen Verteidiger Rücksprache nehmen müsse. Da Estlitt auf wiederholte Aufforderung des Vorsitzenden nicht geneigt ist, auszusagen, werden seine vor der Polizei gemachten Aussagen. Nach Verlesung der verschiedenen Protokolle erklärt der ex-offo-Verteidiger, daß er ohne Vorbereitung sein Amt nicht versehen könne. Da das Gericht die Verhandlung nicht vertagen will, tritt auch dieser Verteidiger zurück. Rummel erklärt sich der ursprüngliche Verteidiger Estlitt bereit, die Verteidigung aus öffentlichem Interesse wieder zu übernehmen.

Nachmittags wird die Verhandlung fortgesetzt. Estlitt ist krankheitshalber nicht erschienen. Der zur Untersuchung seines Zustandes abgeordnete Gerichtsarzt kehrt mit Estlitt in den Verhandlungssaal zurück und erklärt, daß sein Zustand kein solcher sei, daß er an der Verhandlung nicht teilnehmen könne. Die Verhandlung wird hierauf fortgesetzt und eine Reihe von Zeugen vernommen. Am Schluß der Verhandlung, die bis halb 10 Uhr dauerte, beschloß der Gerichtshof auf Antrag des Staatsanwaltes, Estlitt in Untersuchungshaft zu nehmen, weil sein heute nachmittags bekundetes Verhalten den Verdacht auslöst, daß er sich dem Verfahren zu entziehen trachtet.

Kunst und Wissen.

Die Brüder Karamasow (nach dem Romane von F. M. Dostojewski) wurden am Montag in der russischen Bearbeitung, die zum Unterschied von der französischen Copeaus nicht in einer dramatischen Inhaltsangabe, sondern in direkten Aufstellungen aus dem großen russischen Kunstwerke ein Bild des Geschehens zu geben versucht, anfänglich des 23jährigen Jubiläum ihrer gelebten Darstellerin M. N. Gernanowa von Mitgliedern der Gruppe des Moskauer Künstlertheaters im Weinberger Theater zur Aufführung gebracht. — Daß wieder die eine noch wichtiger oder die andere dramatische Form wichtiger Partien des Romans die Leistung völlig erliegen kann, ist eben so sicher wie die allgemein anerkannte Wahrheit, daß episches Geschehen sehr selten in gleich eindringlicher Weise „dramatisch“ wird. — Davan ändert also auch diese russische Bearbeitung nichts. Sie gibt nur Bilder — statt der tiefen psychischen Analyse der handelnden Figuren im Familien- des Fleischer Karamasow. Trotzdem erfassen die Zuschauer, die nicht die Fähigkeit oder Zeit aufbringen, dem Roman in alle seine Verzwickungen folgen zu können, die Macht der fesselnden Umwandlung, die in dem ältesten Sohne Ilya des Fleischer vorgeht, als seine beiden Brüder, der intelligente Spleißer Iwan und der verderbte Eimerhohler den vertriebenen Vater, der alles Edle in seinen Söhnen niedertreibt und zermalmt, ermorden. Sie verstehen, daß er die Schuld auf sich nimmt, weil er die Tat selbst gewünscht und selbst begehen wollte. Er begreift, daß er vor Gericht sich als Mörder bekennt und sein Leben eines Taugenichts und Verschwenders büßt wie auch, daß sich Gerasim — von Frau Gernanowa vorzüglich gespielt und durch Stimme, Gebaren und Geste trefflich charakterisiert — diese verhäßtelte käufliche Schönheit, um deren Besty Ilya mit dem Vater wetterte, schließlich dem Gesefferten, der auch sie emporhebt, mit aller Herzenergie, deren auch eine Besunkene fähig ist, zuwendet. — Sie gewinnen schließlich auch einen Einblick in den Gedankengang Dostojewskis — vielleicht leichter als aus dem Roman — daß Wahrheit, Glück und Vollkommenheit des Lebens eines jeden einzelnen nur auf Vertiefung des sittlichen Empfindens, durch ein von edlen Zielen geleitetes Streben, so wie es der dritte Bruder Aljosa für alle Nebenmenschen leben will, aufgebaut sein kann, während es Unzucht, Habguth, Glaubenslämpfe vernichten. — Die Aufführung hat dank der vorzüglichen Jubilantinnen trotz der erwähnten Hindernisse diese Auffassung Dostojewskis klargestellt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Ihre Gesundheit

können Sie vollständig wieder zurücklangen, von allen Ihren Schmerzen werden Sie gründlich befreit, wenn Sie

DIANA

Franzbranntwein

mit Menthol

äußerlich zu Einreibungen, innerlich auf Zucker tropfenweise genommen, verwenden. Das beste Hausmittel!

Nehmen Sie nur DIANA an, weisen Sie minderwertige Nachahmungen zurück!

Überall erhältlich!

DIANA - Franzbranntwein - Produktion G. m. b. H., Prag VIII., Wlen II., Drahohejova 1073, Encerthstraße 160.

Solistkonzert der deutschen Musikakademie. Lieberabend Ostwig. Der erste diesjährige Musikabend der Prager deutschen Musikhochschule machte uns mit einer größeren Anzahl neuer Kunsttalente bekannt. Vor allem ist der erzmusikalische Pianist Georg Singer und die tonhörsche und temperamentvolle Geigerin Margarete Hönel zu nennen. Auch das schöne Gesangstalent Fr. Wolfs sei rühmend erwähnt. Beachtenswerte Leistungen zeigten auch die Pianistin Benieny und der Cellist Mandrino. Herr Slenkischka, der sich aus dem Horn produzierte, wird sich erst noch eine bessere Atemtechnik aneignen müssen, um auf seinem Instrumente größere Erfolge zu erzielen. Als vielbeschäftigter, gewandter und passionierter Klavierbegleiter des interessanten und überaus zahlreich besuchten Konzertes erworb sich Herr Mandee besondere Verdienste. - Agard Dostvig, der Statistiker der Wiener Staatsoper, sang unter ungeheuerem Zulauf des Publikums in der „Urania“. Sein Programm war mehr sturmig als künstlerisch und bot neben im Konzertsaal überflüssigen Operarien ein stilistisches Kunststück der durch die Namen Schumann, Grieg, Hugo Wolf und Richard Strauß gekennzeichneten Liedlyrik. Lieberabend wirkte nur die blühend-schöne Stimme des Sängers. Als Liedinterpret aber hat Herr Dostvig enttäuscht. Seine übertrieben forzierte Artikulation, die im großen Raume des Theaters mehr oder weniger Notwendigkeit ist, wirkt im Konzertsaal störend. Dostvigs Gesangskunst ist aber auch von Unmännern nicht frei, deren unverzeihliche der Tonanfang auf Hilfskonsonanten und das Zueinanderziehen ganzer Worte und Phrasen sind. Der vorbildliche Begleiter des Sängers am Flügel war Herr Dr. Teller. -ok.

L. Melchior, Heldentenor der Oper in Kopenhagen, wird am 21. d. im Smetana-Saal ein einziges Konzert veranstalten. Am Klavier Prof. J. David. Am Programme Lieder und Arien. Karten im Vorverkauf.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Freitag Wiener Reinhardt Theater „Ein unmöglicher Mensch“; Samstag Wiener Reinhardt-Theater „Diener zweier Herren“; Sonntag nachm. „Madame Butterfly“ (bei kleinen Preisen), abends „Gräfin Mariza“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Gastspiel Gidner-Aramer „Salomons Schwiegertochter“; Samstag 3 Uhr „Rottkäppchen“; abends „Clo-Clo“; Sonntag 3 Uhr „Salomons Schwiegertochter“, abends „Barbier von Sevilla“.

Der Film.

Die ganze Republik erwartet „Die Skabensönigin.“ Premiere: Heute Bio Orient. 3070

Literatur.

M. Quard: „Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848-49.“

Die Vorstellungen über die Rolle des Proletariats im Sturmjahre 1848 bewegen sich noch meist in der irrigen Richtung, als ob die Arbeiterbewegung ein bloßes Anhängel der bürgerlich revolutionären Erhebung gewesen sei und der Erkenntnis der eigenen Klassenaufgabe noch völlig ferngeblieben habe. Es ist ein Verdienst des Buches von Quard, diese traditionelle Vorstellung wesentlich zu korrigieren. Er nennt seine Schrift, die eine Umarbeitung und weitreichende Erweiterung seines, vor einem Vierteljahrhundert erschienenen Buches „Die Arbeiterverbrüderung 1848/49“ ist, bescheiden einen Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus. In Wirklichkeit ist es die erste wissenschaftlich gründliche, mit der Methode des historischen Materialismus verfahrenende Schilderung der deutschen Arbeiterbewegung des Revolutionsjahres und des ersten Jahres der hereinbrechenden Reaktion. Den Wert des Buches erhöhen die am Schlusse angefügten

Originaldokumente, die sich auf die Geschichte der „Verbrüderung“ beziehen, welche die durch Quard überaus lebendige Darstellung genommene Einsicht von der politischen Aktivität der Arbeiterbewegung bei ihrem ersten geschichtlichen Auftreten verlesen, den Beweis erbringen, daß die in der „Verbrüderung“ organisierten Arbeiter schon zum vollen Klassenbewußtsein erwacht waren und wenn auch noch nicht in der prägnanten Form späterer Zeit die sozialen Grundforderungen ihrer Klasse aussprachen und zum Gegenstande ihrer Politik machten. Es war dies, wie Quard zeigt, nicht frei von den Widersprüchen, die aus der Tatsache entspringen, daß sich das Proletariat noch im Uebergange vom Handwerk zur Fabrikindustrie, von der Junft zur Arbeiterbewegung befand, daß es die sozial traurigen Wirkungen der frühkapitalistischen Zeit empfand und in seinen Reflexionen widerspiegelte.

Quard hat in seinem Buche ein reiches Tatsachenmaterial zusammengetragen, es mit kritischer Besonnenheit geordnet, in die richtige historische Beleuchtung gerückt und in klarer fesselnder Weise vermittelt. Wir erhalten zunächst ein knappes, aber anschauliches Bild über Deutschlands wirtschaftliche und soziale Lage vor 1848, über die Lage der Arbeiter im Vormärz, über die ersten Anzeichen einer organisierten Arbeiterbewegung. Dann folgt eine Schilderung der Entwicklung Stiefan Borns, des leitenden Kopfes der ersten deutschen Arbeiterbewegung, eines Schriftsetzers, der den Geist des kommunistischen Manifestes in sich aufgenommen und als Schüler von Marx und Engels wirken wollte. Er zeigt uns ihn als Organisator des ersten Buchdruckerstreiks, als Redakteur des „Volk“, als Leiter des allgemeinen Arbeiterbundes „Verbrüderung“ und als Herausgeber und Mitarbeiter des gleichnamigen sozialistischen Arbeiterorganes. Wir sehen, wie unter Borns überragendem Einflusse die „Arbeiterverbrüderung“ sich ausbreitet, in einer Reihe von großen Städten Einfluß und Anhang gewinnt, alle Probleme der späteren sozialdemokratischen Bewegung in den Kreis ihrer Bestrebungen hineinzieht, sich mit Organisationsfragen politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Art beschäftigt, 14 Jahre vor Lassalle die Forderung nach Kreditbanken zur Unterstützung der Produktivassoziationen erhebt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Staat und Gemeinde, die Einschränkung der militärischen Dienstzeit, die Aufhebung der direkten Steuern, das Verbot der Kinderarbeit verlangt, aber auch schon die Trennungslinie gegenüber der bürgerlichen Demokratie und ihrer teilweisen politischen Verödung in der Frankfurter Nationalversammlung zieht. Aber obwohl Born das Auseinandergehen der bürgerl. und proletarischen Klasseninteressen in aller Deutlichkeit erkennt und ausspricht, tritt er nirgends für eine unmittelbare proletarische Sonderrevolution ein, weil er in Uebereinstimmung mit Marx die sozialen Verhältnisse noch nicht für reif dafür erkannt und die revolutionäre Mission des Bürgerpartei auch für das Proletariat ausgeschöpft wissen will. Born kommandierte im Dessauer Aufstand im Mai 1849 den Barrikadenkampf und leitete den Rückzug der Kämpfer nach Freiburg. Damit war die Möglichkeit weiterer Tätigkeit auf deutschem Boden beendet. Mit dem Siege der Reaktion brach die Arbeiterbewegung zusammen. Born flüchtete in die Schweiz. Hier brachte es der reichbegabte Buchdruckergehilfe zum Universitätsprofessor. Für ein politisches Eingreifen im Sinne seiner Ueberzeugung auf deutschem Boden war ihm, gleich den anderen Emigranten, gleich Marx und Engels, jede Möglichkeit entzogen. Die „Arbeiterverbrüderung“ ward durch geschichtliche Umstände, nicht durch Borns Verschulden zu einer Episode.

Ueber die „Verbrüderung“ und über Stefan Born hat dann bekanntlich Friedrich Engels in der Einleitung zu Marxens „Entwürfen über den Kommunismusprozeß“ ein wenig freundliches und wie man nach Quards gründlicher Darstellung der Arbeiterbewegung von 1848/49 sagen muß, wenig objektives Urteil gefällt. Er sagt, daß „in den Veröffentlichungen der „Verbrüderung“ die Ansichten des kommunistischen Manifestes kunterbunt durcheinanderlaufen mit Junfterinnerungen und Junstwünschen, mit Abfällen von Louis Blanc und Proudhon“, daß es Born „mit seiner Verwandlung in eine politische Größe sehr eilig gehabt, sich mit Arzhi und Plebi verbunden habe, um nur einen Haufen zusammenzubekommen“. Dies sachlich ungerichtete Urteil über die Bewegung und ihren führenden Mann haben schon Franz Mehring in der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ und Eduard Bernstein in der „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ abgelehnt. Eine vollständige Rehabilitierung des Arbeiterführers Born ist Max Quards Buch. Das Bild des von idealistischen Motiven getriebenen Buchdruckers, der trotz seiner Jugend ein besonnener und kluger Politiker, ein erfolgreicher Organisator des Proletariats in schwerer Zeit, ein auch von Gegnern hochgeschätzter Redner war, erscheint durch Quards Darstellung von allen Flecken einer ungerechten Kritik gereinigt. Auch der große Respekt vor Friedrich Engels' Verdiensten um die Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus kann von der höheren Verpflichtung zur historischen Gerechtigkeit nicht entzogen, von der Verpflichtung, ein Urteil zu korrigieren, das als Fehlurteil umso gefährlicher ist, weil es unter der Autorität von Friedrich Engels auftritt, einer Ungerechtigkeit Bestand und Dauer zu verleihen droht. Unter den vielen ausgezeichneten Qualitäten, die Max Quards Buch aufweist, soll dieser Vorzug einer mutigen Zurückweisung eines objektiven Unrechts durch Tatsachen und zwingende und überzeugende Gründe besonders hervorgehoben werden. Das Buch, in dem sich die Liebe des Verfassers zum behandelten Gegenstande mit wissenschaftlicher Sorgfalt und kritischem Vermögen wunderbar paart, ist eine wertvolle Bereicherung unserer Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Das Werk verdient es, mit Eifer und Interesse gelesen zu werden.

Verträge.

Ueber die graphischen Künste sprach dieser Tage der Kunsthistoriker Dr. Leporini (Albertino) in der „Urania“. Der Vortragende führte unter anderem aus: Das wichtigste Merkmal für die Echtheit der alten Holzschnitte, Kupferstiche usw. ist das handgeschöpfte oder Büttenpapier. Gegen das Licht gehalten, erscheint es von Linien durchzogen, welche von anderen leichten Linien gekreuzt werden. Diese hellen Linien rühren von dem Drahtnetz her, auf dem das Papier erzeugt wurde. An der Hand vorzüglicher Lichtbilder besprach nun Leporini die einzelnen Techniken. Die ältesten Holzschnitte wurden mit feiner Begleitender Schrift auf einer Platte hergestellt, zeigen fast nur die Umrisse der dargestellten Gestalten und wirken darum in der Beschränkung der Mittel fast wieder modern. Kupferstiche und Radierungen sind oft nicht leicht von einander zu unterscheiden. Beim Kupferstich sind die Linienanfänge sehr spitz. Bei der Radierung erscheinen die Ränder der Linien unter der Lupe ausgefranst. Die malerische Wirkung der Radierung wird dadurch hervorgerufen, daß die Platte vor der Arbeit mit Wachs überzogen wird, in welches die Linien ganz leicht eingeritzt werden können fast so leicht, wie man die Striche einer Federzeichnung zieht. Eine andere Technik ist die Kaltnadelarbeit, bei welcher die Linien so in die Platte geritzt werden, daß feine Wülste entstehen. Dadurch werden sehr weiche, feine Wirkungen hervorgerufen, denn jeden Strich begleitet unter der Lupe zwei feinere Linien. Wieder eine andere Technik ist die Schabkunst: mit einer Art Flechtweige wird die ganze Fläche aufgeraut und, wo helle Töne gewünscht werden, werden die Unebenheiten weggeschabt. Die Aquatinta-Technik, hauptsächlich von Goya in seinen Capricios angewendet, erzeugt dunkle Stellen auf die Weise, daß nach dem ersten Rechen der Platte, die Stellen, die durch Dunkelheit auffallen sollen, mit Schellackpulver bestreut werden und die Platte dann nochmals geätzt wird. Bei der Punktiermanier werden mit der Nadel durch Massen von Punkten Modellierungen hergestellt. Im Gegensatz zu den bisherigen Techniken des Hoch- und Tiefdruckes, wo entweder der hohe oder der tiefe Teil der Platte druckt, ist die Litographie ein Flachdruck. Die Farbe bleibt nur dort stehen, wo die Platte vorher durch die litographische Tinte chemisch verändert wurde. Bei dieser Technik entstehen oft Blätter, die von Originalzeichnungen kaum zu unterscheiden sind. Sie wurde größtenteils für die Illustrierung von Zeitungen angewendet. Nachdem Dr. Leporini so die wichtigsten Techniken besprochen hatte, ging er zur Darstellung der historischen Entwicklung und der berühmtesten Meisterwerke über. Die ältesten Holzschnitte sind aus dem Längenschnitt des Holzes geschnitten.

Eine Neuauflage erfährt der Holzschnitt im 18. Jahrhundert, wo man die Zeichnungen aus einem quer geschnittenen, härteren Holze herausstach: Holzstich. In dieser mehr malerischen Technik entstanden die Illustrationen der Dorebibel, besonders aber brachte Menzel dieselbe in seinen Illustrationen zur Geschichte Friedrichs des Großen auf die Höhe. Von neueren Werken sind Sevogts Illustrationen zum Don Juan bemerkenswert. Der Kupferstich, zu dessen ältesten Meistern Schongauer gehört, hat eine seiner schönsten Darstellungen in Dürers „Meereswunder“ gefunden. Die italienischen Maler, so Tizian, welche wohl die ersten Kupferstichsammler waren, haben oft die landschaftlichen Hintergründe Dürers zum Vorbild genommen. Raffael und Rubens haben Kupferstechergenerationen herangezogen, zum Zwecke der Reproduktion ihrer Gemälde. Als Radierer war wohl am bemerkenswertesten Rembrandt. Sein „hundert Guldenblatt“ war das Ergebnis einer jahrzehntelangen Arbeit, ähnlich wie Goethes „Faust“ ein Lebenswerk darstellt. Mit Proben einheimischer Künstler, wie Bendel, schloß der interessante Vortrag, und wie können wir wünschen, den Vortragenden, dessen in schlichter Weise gebrochene, gediegene Ausführungen lebhaften Beifall auslösten, bald wieder in Prag begrüßen zu können. Arch. Sahn.

Turnen und Sport.

Kommende Wettspiele. Prag: Sonntag: Meisterschaft 1. Kl.: Čechie Karlin gegen Brskovice, Masofstranku SA. gegen Meteor VIII. Freundschaftsspiel: Slavia gegen DFC. - In Brunn stehen einander am Sonntag der FC. Blue Star und Zdenice gegenüber. - In der Wiener Nichtamateurliga gelangen am Sonntag u. a. zwei interessante Treffen zur Austragung: Rapid gegen Amateure und Vienna gegen Dabach. - Jugoslawia, Belgrad, der neue jugoslawische Meister, wird im Frühjahr 1925 in Prag zwei Wettspiele bestreiten.

Viktoria Zizkov in Deutschland. Die Prager Viktoria Zizkov schlug in Bremen in überlegener Manier den SC. Werder mit 7:0 (2:0). Aus dem weichen Boden waren die Gäste in jeder Beziehung im Vorteil und führten, besonders nach der Pause, hervorragenden Fußball vor. Das Score eröffnete ihr Halbkolter Kristal, Novak ließ nach vor Halbzeit den zweiten Treffer folgen. Nach Seitenwechsel schossen die Prager noch fünf weitere Tore. Werder vergab einen Penalty.

Herausgeber Dr. Ludwig Ezech. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag für den Druck verantwortlich C. Soltik

KINO-PROGRAMM Vom 21. Nov. bis 27. Nov.

LIDO 310 2001 Quo Vadis? Drama in 2 Akten. In der Hauptrolle: Emil Jannings.

LUCERNA 1940, 4437. Von der Straße geholt. Allen jungen Mädchen, deren Herz in der ersten Liebe erglüht, ist dieser Prachtfilm gewidmet. Wahre Liebe siegt!!!

BIO ORIENT 2021 Musik-Vorspiel Ed. Krieg „Huldigungsmarsch“. Dirigent Erno Kostal. Premiere des größten Filmwerks der heutigen Saison. Gläuben-Königin. Nach dem Roman: „The Moon of Israel“ von Richard Daggard. Regie Michael Herrick 6 Akte. Besetzung: Tanya Renapla, H. Weisse, Senti Arumpiring, Adolant Mlhar, Prunge Su Uleci, Verlette Marchall, Annenholas, Sofar Hegerl, Gauspa, Seltis Hofmeister, H. Häuferrmann, Ana, Dichter, Ferd Duno, Mojst, Juden-Propbet, S. Marx, Metarap, Adisches Mädchen, Maria Corda, Jaban, Marapio Verlobter, George Serlyou, Adl. Kobenpriester, Emil Henke

Wran Urania-Kino 2076 Litaisches deutsches Kino Prag. Kollibri! Kollibri! mit Osal Oswald und Bruno Kastner.

Kalla's Fischkonserven werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven In allen Konsumvereinen erhältlich.

Osram-Nitra Das Schaufenster, dessen Licht den Beschauer blendet, verliert an Zugkraft. Versuchen Sie Osram-Nitra, opal. Mit Osram-Lampen zu besserem Licht.

Wo vertehren wir? Café Continental, 1003 Prag-Graben. Goldenes Kreuzel, 1008 Prag-Metazanta. Gastwirtschaft Deutsches Bere inshaus Prag, Smetkh 22 (Urania). 1090

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich 8 PRAG II., Hyberská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

RESTAURANT VESELKA PRAG II., RÜZOVA 5. 3041 Menü à Kč 8.50 Erstkl. Küche, solide Bedienung. Werbet bei jeder Gelegenheit für „Sozialdemokrat“! Interieren bringt Nets Erfolg!